

Detlef Joseph:
 Der Rechtsstaat und die ungeliebte
 DDR, GNN Verlag 1997,
 230 S. (24,80 DM)

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, hier wird er indirekt, doch umfassend geführt: Die Mittel des Straf- wie des Kryptostrafrechts sind ungeeignet, zu einer Gesellschaftsanalyse implodierter Systeme (sogenannte Vergangenheitsbewältigung) beizutragen. Im Gegenteil, sie verhindern gradezu solch eine Analyse, und vielleicht ist das der eigentliche Sinn all jener Maßnahmen und Methoden, mit denen die offizielle Bundesrepublik Deutschland die gewesene DDR an deren ehemaligen Bürgern exekutiert.

Das vorliegende Buch ist in Zorn und Wut geschrieben. Mit ihm reagiert der Autor auf seine Weise auch seine Ohnmacht ab, hinter ihm (und uns) liegende Vorgänge nicht rückwirkend ändern zu können. Enttäuscht über diese Vorgänge ist er übrigens nicht, gehört er doch zu jenen, die sich 1990 nicht über das, was dann über uns und ihn kam, getäuscht haben. Sachkenner zum historischen Problemkreis von Klassenjustiz und Rechtsstaat, der er ist, und ausgewiesen auch durch kritische Beiträge zum Unsozialistischen an der sich sozialistisch bezeichnenden DDR wie am Undemokratischen der zur Demokratie selbstverpflichteten BRD,¹ ist diesmal sein Erkenntnisinteresse auf die Unrechtsstaatlichkeit der dem Anschluß der DDR an die BRD folgenden Vorgänge fokussiert. Insofern ist der Titel des Bandes mißdeutbar. Nicht die Rechtsstaatlichkeit, zu der das nunmehrige Deutschland durch sein Grundgesetz (Art. 20 III, 28 I) verpflichtet ist – wie zur Sozialstaatlichkeit durch Art. 14 II, 20 I, 28 I auch! –, wird denunziert, sondern der »Deckmantel vorgeblicher Rechtsstaatlichkeit« (S. 5).

D.J. verzichtet darauf, das Beispielreservoir auszubeuten, aus dem man ersehen kann, wie in Geschichte (etwa Athen 404 v.u.Z.; England 1660; Frankreich 1814) und Gegenwart (etwa Spanien 1975; Osteuropa 1990) alternative Lösungswege gegangen wurden, um die durch Krieg oder Bürgerkrieg erzwungene Ablösung von Makrosystemen nicht als Revanche oder Rache zu betreiben.² Er bietet

auch keine eigenen Lösungsvorstellungen an, wie man im heutigen Deutschland hätte vorgehen sollen. Vielmehr werden in 18 Kapiteln mit ihren nahezu 400 Anmerkungen, in denen die Quellen offengelegt werden, die verschiedenen Bereiche und Methoden vorgeführt, in und mit denen der Zusammenschluß zweier Staaten juristisch als »Einigungsvertrag«, tatsächlich aber als Einverleibung des einen durch den anderen mit Rückwirkungsanspruch seiner Gesetzgebungs- und Gerichtstätigkeit erfolgte. Daher ist die (nie gegen Nazis strafrechtlich vom Bundesverfassungsgericht benutzte) sogenannte »Radbruch-Formel« (S. 100), mit der da, wo gewünschte Gesetze fehlen, Naturrecht frei erfunden wird, nur die Spitze des Eisbergs.³

Das Buch ist zwar *von* einem (abgewickelten) Juristen, aber nicht *für* Juristen geschrieben worden. Nichtjuristen werden gradezu aufgefordert, sich mit den Argumenten vertraut zu machen. Da die behandelten Vorgänge essentiell, teilweise sogar existentiell in die Lebensverhältnisse – so oder so – nahezu eines jeden Ostdeutschen eingegriffen haben und weiter eingreifen, wird allen, denen es inzwischen klar geworden ist, daß die hauptsächlichliche Pflicht eines Demokraten darin besteht, sich für die Macht/Ohnmacht-Verhältnisse seines eigenen Landes verantwortlich zu fühlen, nichts anderes übrigbleiben. Interventionsverbote gelten für den Staat im Verhältnis zu anderen Staaten; für den Bürger im Verhältnis zu seinem eigenen Staat gelten Interventionsgebote. Insofern liest derjenige das Buch falsch, der damit seinen nostalgisch-ostalginischen Affekten glauben fröhnen zu können. Einmischungen sind erforderlich. Klarheit über Gewesenes, dem angeblich realexistierenden Sozialismus einschließlich seiner »Mängel und Untaten« (S. 181), wie über Gegenwärtiges, dem realexistierenden Kapitalismus, sind dafür die unumgängliche Voraussetzung.

Das Buch beginnt mit Goethes Erfahrung, laut der man niemals mehr von Freiheit reden hört, als wenn eine Partei die andere unterjochen will und auf nichts weiter aus ist, als daß Gewalt, Einfluß und Vermögen aus einer Hand in die andere gehen sollen;⁴ es endet mit Weizsäckers Voraussage, daß, wenn der alte Mißerfolg von Utopien erst einmal vergessen

und die sorgenvolle Gegenwart allzulange als ungerecht empfunden sein wird, dann wiederum Träume von gerechten Gesellschaften entstehen werden. Träume? Auch Taten!

HERMANN KLENNER

Anmerkungen

- 1 Vgl. D. Joseph (ed.): Rechtsstaat und Klassenjustiz. Texte aus der sozialdemokratischen »Neuen Zeit« 1883-1914, Freiburg/Berlin 1996, 540 S.; ders.: »Stalinismus und Rechtswissenschaft«, in: Demokratie und Recht 19(1991) S. 277-302; ders.: »Rechtswissenschaft und SED«, in: U.-J. Heuer (ed.), Die Rechtsordnung der DDR, Baden-Baden 1995, S. 549-609; ders.: »Politische Strafverfolgung als Instrument sozialer Rache«, in: Lother Bisky (u.a.): Unrechtsstaat? Hamburg 1994, S. 106-109; ders.: »Politische Prozesse«, in: Weissbuch, Unfrieden in Deutschland, Bd. 5, GNN-Verlag 1995, S. 81-97; ders.: »Vom schwierigen Verhältnis der Marxisten zum Recht« in: Bisky (u.a.): Die PDS, Herkunft und Selbstverständnis, Berlin 1996, S. 208-216.
- 2 Vgl. Helmut Quaritsch: »Theorie der Vergangenheitsbewältigung«, in: Der Staat 31(1992) S. 519-552; ders.: »Über Bürgerkriegs- und Feind-Amnestien«, in: ibidem, S. 389-418 (in beiden Artikeln rechtfertigt der Autor im übrigen die bundesdeutsche Vorgehensweise).
- 3 Vgl. Horst Dreier: »Gustav Radbruch und die Mauerschützen«, in: Juristenzeitung 52(1997) S. 421-434, eine ausgezeichnet argumentierende Antrittsvorlesung des Autors an der Juristischen Fakultät der Bayrischen Maximilian-Universität in Würzburg vom 15. Januar 1997.
- 4 Goethe, Berliner Ausgabe, Poetische Werke, Bd. 3, Berlin/Weimar 1965, S. 219.

Elke Reuter/Detlef Hansel:
Das kurze Leben der VVN
von 1947 bis 1953.
Die Geschichte der Vereinigung
der Verfolgten des Naziregimes in
der sowjetischen Besatzungszone
und in der DDR,
edition ost Berlin 1997,
634 S. (29,80 DM)

Bedauerlich an diesem Buch ist, daß es nicht zu DDR-Zeiten publiziert werden konnte. Auseinandersetzungen um Probleme wie hier wären dringend notwendig gewesen, um den Weg zur demokratisch-sozialistischen Entwicklung freizumachen statt zu verbauen.

Autorin und Autor, beide der Historikerzunft zugehörig, behandeln in den *Kapiteln 1 und 2* die Lage nach Kriegsende 1945, erste Organisationsformen der Opfer des Faschismus und die zonalen wie interzonalen Zusammenschlüsse im Frühjahr 1947. Sie betonen, daß diese Zusammenschlüsse auf streng überparteilicher Basis zustandekamen. Allerdings wirkten KPD und SED von Anfang an auf eine Organisation hin, die allein ihrer politi-

schen Linie folgen sollte. Die SPD unter Kurt Schumacher trat dem mit autoritären Boykott- und Unvereinbarkeitsvoten wider die VVN wegen der kommunistischen Einflüsse entgegen, wobei sie gleichzeitig de facto die Erfüllung wichtiger antifaschistischer Programmpunkte in Westdeutschland verhindern half. Hieraus resultierende Auseinandersetzungen eskalierten im Kalten Krieg. Die Rückwirkung auf die eigene Organisation hat der Antifaschist Fred Löwenberg, ursprünglich Sozialdemokrat, treffend so zusammengefaßt: »Die Tragik der VVN ist, daß sie ein Opfer des kalten Krieges in beiden deutschen Staaten wurde, und daß auch der Antifaschismus partiell auf der Strecke blieb.« (S. 63 f.)

Kapitel 3 gilt den Vorgängen um Berlin, die Stadt, in der die Gegensätze besonders hart aufeinanderprallten und beide Seiten die 1948 glückliche Spaltung auch mit politischer Hetze und Verbalinjurien vertieften. Genau wie in der 1949 gegründeten BRD wurden in Westberlin vorwiegend kommunistischen Verfolgten die Anerkennung als OdF und die damit verbundenen Bezüge verweigert, gleichzeitig aber Nazis begünstigt. Die mittlerweile auf SED-Kurs befindliche VVN erlitt im Westen hohe Mitgliederverluste und mußte das Auseinanderdriften ihrer ursprünglich gesamtdeutschen Organisation hinnehmen.

Gegenstand von *Kapitel 4* sind gegenseitige Ausgrenzungen prokapitalistisch und pseudo-sozialistisch orientierter Verfolgtengruppen und die Bildung konkurrierender Verbände. Die Ost-VVN unterwarf sich vollends der SED, die ihrerseits auf dem Weg zur stalinistischen »Partei neuen Typus'« war. Hierzu gehörte ab 1949 die »Säuberung« erst der bewaffneten Organe, dann der Partei von ehemaligen Westemigranten, in westliche oder jugoslawische Gefangenschaft geratenen oder auf alliierter Seite kämpfenden Antifaschisten. Es gereicht der VVN zur Ehre, daß sie sich – wie im Buch berichtet – bisweilen dagegen zur Wehr gesetzt, manche Ausschlüsse aus der SED nicht durch solche aus ihren Reihen komplettiert und gegen Anbiederungen an oft nur verbal »gewendete« frühere Nazis in der DDR opponiert hat. Ihre Führung aber nahm voll an der von J. W. Stalin verordneten antititoistischen Hetze, an der Verfolgung der Zeugen Jehovas, an einer auf Aufbau des dik-

tatorisch regierten »Realsozialismus« gerichteten Innen- und einer zunehmend irrealer werdenden Westpolitik teil, die den Sieg der vom Osten gesteuerten »Nationalen Front« über NATO-Integration und Adenauer-Regierung in der Bundesrepublik vorsah.

In *Kapitel 5* stellen Verfasserin und Verfasser eingangs das vielleicht Wichtigste an der VVN-Arbeit dar: die Forschungs- und Publikationstätigkeit über den deutschen Widerstand und einen Ermittlungsdienst, der sowohl der Suche nach Kameraden oder deren Angehörigen, als auch dem Aufspüren von NS-Verbrechern galt. Sie weisen gleichzeitig nach, daß sich in der Forschung zunehmend die »von oben« verordnete, jedoch von vielen Widerstandskämpfern begrüßte Tendenz durchsetzte, allein den Arbeiter- und vor allem den parteikommunistischen Widerstand zu würdigen. Infolge überhandnehmender aktuell-politischer Aufträge der SED an die VVN wurde zudem die Forschung bald vernachlässigt. Im Abschnitt über die Lagerkomitees werden u. a. die erstmals 1946, dann wieder nach dem Ende der DDR angeheizten Auseinandersetzungen um die kommunistische Lagerverwaltung von Buchenwald erörtert. Darlegungen über die Entnazifizierung in der Sowjetischen Besatzungszone und den Streit um Versorgung der Opfer des Faschismus sowie Wiedergutmachung stehen am Schluß des Kapitels. Neben großzügigen Versorgungsregelungen setzte sich der von prominenten Mitarbeitern der Justizabteilung beim ZK der SED, darunter dem einstigen NSDAP-Mitglied Ernst Melsheimer, gegen jüdische VVN-Vertreter und das Politbüromitglied Paul Merker verfochtene Standpunkt durch, keine durch Nazis enteignete jüdische Besitztümer zurückzuerstatten, sofern sie inzwischen dem »Volkseigentum« zugeschlagen worden waren.

Kapitel 6 ist das brisanteste und wichtigste. Behandelt werden das Verhältnis zwischen SED-Spitze und VVN und die Zwangsauflösung Letztgenannter. Davon ausgehend, daß die Verfolgtenorganisation von Anfang an, besonders in personeller Hinsicht, von Entscheidungen des Parteiapparats abhängig war, stellen Reuter/Hansel die Überprüfung der VVN 1949-1951 durch die Parteikontrollkommissionen dar. Während die PKK der Kreise und Bezirke meist differenziert und moderat be-

richteten, schmiedete die Zentrale PKK unter Hermann Matern durch Vergrößerung und Verfälschung dieser Berichte eine Abschlußanalyse stalinschen Typs, die offensichtlich auf Vernichtung der Verfolgtenorganisation abzielte. Darin wurde der VVN vorgeworfen, von »Sozialdemokratismus in der Form der Ablehnung der führenden Rolle der Partei« befallen und von »Sektierertum« durchsetzt zu sein; sie sei, hieß es, »zu einem Sammelbecken und Tummelplatz von aus der Partei ausgeschlossenen Parteischildlingen und demoralisierten Elementen geworden«. Daher werde »von unseren Genossen vielfach die Frage gestellt, ›hat die VVN überhaupt eine Existenzberechtigung?‹« (S. 453 ff.) Verfasserin und Verfasser haben völlig Recht: Ausgerechnet die Organisation der Widerstandskämpfer und Verfolgten ist von der führenden Partei des antifaschistisch firmierenden deutschen Staates am härtesten kritisiert (S. 501) und – so muß hinzugefügt werden – verleumdet worden. Das belegt zu haben, ist ein Verdienst. Es muß auch dem Interessenverband ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener (IVVdN) und seinem Vorsitzenden Fred Dellheim angerechnet werden, die das Buch zum 50. Jahrestag der Gründung der VVN vorlegten. Die Frage, welche Gruppe an der SED-Spitze hinter dem massiven Vorstoß stand und welche verhinderte, daß das Verdammungsurteil sofort exekutiert wurde, konnten Reuter/Hansel nicht beantworten. Offenbar stand hinter den VVN-Kritikern die Gruppe um Ulbricht, während Wilhelm Pieck zu denen zählte, die »das Schlimmste verhüteten«.

Daran, daß die Organisation knapp zwei Jahre später doch aufgelöst wurde, war dem Buch zufolge auch ihre Führung schuld. So übernahm sie in einem vom neuen Generalsekretär Fritz Beyling mitverfaßten Bericht vom Juni 1952 an Matern wesentliche Anwürfe der ZPKK, darunter den »ausgesprochen parteifeindlicher Umtriebe« bei der VVN. (S. 458) Andererseits sagte sie weiter zu allem Ja und Amen, das die SED-Spitze sich einfallen oder von Moskau vorschreiben ließ. Es reichte von der Wendung zum »Aufbau der Grundlagen des Sozialismus« wesentlich auf Kosten der Werktätigen, speziell der

Arbeiter, über die Zustimmung zum antisemitisch getönten Slánsky-Prozeß, zur Verfolgung maßgeblicher deutscher Kommunisten wie Merker, zur Drangsalierung jüdischer Mitstreiter in VVN und SED sowie zu deren Austreibung aus der DDR. Der VVN-Neujahrsaufruf für 1953 proklamierte: »Im neuen Kampfsjahr leitet uns Stalins Wort«. Neben dem Kampf um den Weltfrieden wurden darin eine »friedliche Lösung der deutschen Frage« durch »Sturz der Adenauer-Regierung«, die »aufopferungsvolle Mithilfe beim sozialistischen Aufbau« und eine »Steigerung der Wachsamkeit gegenüber allen Feinden und Agenten« als dringlich bezeichnet. (S. 464) Ohne Zweifel hätte die VVN-Führung auch das neuerliche Massaker gutgeheißen, das sich mit der Inhaftierung angeblicher jüdischer Giftmischer unter den Kreml-Ärzten anbahnte und nur dank Stalins Tod nicht mehr stattfand.

Indem die Spitze der VVN sich in allen Fällen der SED-Führung beugte, verlor die Organisation zunehmend ihr antifaschistisch-demokratisches Profil und damit an Gewicht. Während sie noch die mehrfach aufgeschobene 4. Hauptkonferenz vorbereitete, plante das ZK-Sekretariat der SED insgeheim schon die Auflösung der DDR-VVN. Am 3. 2. 1953 wurde sie per Geheimbeschuß vom Politbüro verordnet, dann vom 20. bis 22. 2. in Zusammenkünften erst der SED-Aktive, dann der Plenen mehrerer VVN-Gremien gebilligt. Die Mitglieder der VVN wurden absichtlich nicht befragt. Sie hatten, wie im Buch festgehalten, häufig Bedenken. Von der Organisation blieb nur deren Kopf übrig, der nunmehr Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer hieß und sich erst 1974 wieder einen Unterbau aus Kreis- und Bezirkskomitees zulegen durfte. Einen Spitzenplatz im Komitee nahm Matern ein, der am meisten auf die Hinrichtung der VVN gedrängt hatte.

Die offizielle Begründung, mit der die Organisation im zweiten Anlauf totgelobt wurde, war ebenso demagogisch wie falsch. Erstens, hieß es, habe die antifaschistisch-demokratische Ordnung der DDR »zur Ausrottung aller Wurzeln des Faschismus« geführt. Die Festigung der Staatsmacht, Schaffung der Grundlagen des Sozialismus sowie bewaffneter DDR-Streitkräfte sicherten »für immer, daß

Faschismus und imperialistische Knechtschaft nicht wiederkehren können«. Damit seien zweitens alle seit 1945 gestellten Aufgaben der VVN erfüllt, weshalb »das weitere Bestehen eines besonderen Organisationsapparates... hinfällig« wäre. (S. 621 f.) Diese Pseudo-Begründung war schon damals kontraproduktiv. Sie hat sich durch die weitere Entwicklung der DDR, besonders die des ostdeutschen Neofaschismus, als völlig illusionär erwiesen.

Die Ost-VVN wurde zwangsweise aufgelöst, gleich nachdem am 20. 2. 1953 die Zentrale Leitung der westdeutschen VVN verboten, ihr Büro in Frankfurt/Main geschlossen und das Aktenmaterial vom Staat sichergestellt worden war. Im Osten trug sich faktisch dasselbe zu. Allerdings ist die West-VVN in fast allen Bundesländern nicht illegalisiert worden. Die Organisationsauflösung im Osten mußte am 21. 2. 1953 Franz Dahlem begründen. Er stand zu diesem Zeitpunkt schon selbst auf Ulbrichts Abschußliste und wurde wenige Wochen später verhaftet.

Der Anhang des wichtigen und bemerkenswerten Buches birgt Angaben über die VVN der SBZ/DDR, ihre Hauptkonferenzen und Vorstände sowie das erste Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer. Außerdem sind darin 67 Biogramme von Führern und Mitstreitern der Organisation enthalten. Hier findet sich u. a. die Mitteilung, daß einer der stellvertretenden VVN-Vorsitzenden, Professor Hermann Kastner (LDPD), später wegen angeblicher Spionage für den Bundesnachrichtendienst verfolgt wurde und 1956 die DDR verließ (S. 573), desgleichen, daß der einstige VVN-Generalsekretär Karl Raddatz 1960 verhaftet und 1962 vom Obersten Gericht »wegen Spionage und Verletzung des Amtsgeheimnisses« zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Dem Anhang sind 16 Dokumente beigegeben, darunter solche zur Gründung und solche zur Auflösung der VVN in der DDR.

MANFRED BEHREND

Richard Scheerer: *Bekennende Christen in den evangelischen Kirchen Deutschlands 1966-1991. Geschichte und Gestalt eines konservativ-evangelikalen Aufbruchs*, Haag und Herchen Frankfurt a.M. 1997, 176 S. (28,80 DM)

Wolfgang Thumser: *Kirche im Sozialismus. Geschichte, Bedeutung und Funktion einer ekklesiologischen Formel (Beiträge zur historischen Theologie 95)*, Verlag J.C.B. Mohr/Siebeck Tübingen 1996, XVIII, 523 S. (198,00 DM)

Zwei Bücher stellen Probleme der Kirche in der aktuellen oder just aktuell nachgewiesenen Geschichte dar. Das erste befaßt sich mit Rundbriefen und Verteilschriften aus der Bewegung »Kein anderes Evangelium«, aus den Gruppierungen, die sich 1966 zu der »Konferenz Bekennender Gemeinschaften« zusammenschlossen. 1991 schied der Gnaudauer Verband für Gemeinschaftspflege und Evangelisation (Landeskirchliche Gemeinschaft) aus dieser Konferenz aus. Das Jahr 1991 ist für Richard Scheerer eine markante Zäsur, denn die Begründung für diesen Austritt hält eine Einheit nur durch die negative Abgrenzung von der Moderne für zu schwach und nicht tragend. Bei sorgfältigem Vergleichen dieser Anwaltschaft des Unveränderlichen und Unvergleichbaren findet Scheerer durch intensives Studium im Laufe der Zeit interessante Veränderungen und mit anderen Vergleichbares heraus. Das vollzieht sich in schöner Geradlinigkeit, die diesen konservativen Modernen und modernen Konservativen auszeichnet. Da fallen klare, aber von Verständnis und Einfühlung getragene Worte. Er mußte sehr viel Unsystematisches lesen und entfalten, um die Unterschiedlichkeit der gar nicht so einheitlichen Positionen systematisieren zu können. Daraus hat er ein kleines Nachschlagewerk entwickelt für ein unübersichtliches Gebiet, vor allem aber ein faires Gesprächsangebot. Hoffentlich lassen sich Interessierte dazu einladen: ein schmaler Band aus kleinem Verlag mit aufschlußreichen Positionen.

Das andere Buch zeigt äußerlich nichts mehr von der Kärnerarbeit des Autors, so gediegen kommt es in einem renommierten Verlag und dessen jahrzehntealter Spezialserei daher – aber der Inhalt zeigt die unübersehbaren Spuren der Mühen in den Ebenen der Forschung und den dazugehörigen Archiven. Der Preis bedeutet die Gefahr, daß aus der Veröffentlichung eine praktische Geheimhaltung wird. Dem soll mit den wenigen möglichen Hinweisen hier bescheiden entgegenwirkt werden. Das Buch von Wolfgang Thumser beginnt mit einer Erinnerung an die philosophischen Probleme zwischen Kirche und Marxismus. Bis Thumser zu der genannten Formel kommt, beschreibt er die kirchliche Entwicklung im Osten nach 1945 bis zur Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, um dann penibel die ungezählten, aber in aller Regel undeutlichen Interpretationen der Formel von »Kirche im Sozialismus« vorzustellen. Seine Hauptthese unterstreicht diese inhaltliche Blässe, die ja von Synoden auch so gewollt war, um eine »handhabbare« Aussage zur Überwindung von Konflikten zu haben. Als kirchliche theologische Orientierung galten wohl eher Bonhoeffers »Kirche für andere«, wie Heinrich Rathke und Heino Falcke sie vor den Bundesynoden vortrugen. Aber der Autor sieht das wie angedeutet anders, und er hat die Archive, andere sind nur dabeigewesen. Die Wahrnehmung ist doch genauer oder – ungenauer, wie es der Standpunkt erlaubt. Der Autor meint z.B., daß die richtige theologische Freiheit zur kirchlichen Argumentation nur an kirchlichen Hochschulen und ähnlichen Einrichtungen möglich war, jedenfalls nicht an den theologischen Sektionen. Wenn's so gewesen ist, ist's so gewesen. Nach meiner Beobachtung hatte die Mutter der Weisheit die Kraft und die Möglichkeit zu argumentieren nicht ganz so einseitig verteilt. Sie ist eben im Verhältnis zu einem Doktoranden schrecklich weise. Aber solches Nachfragen hält das qualitätsvolle Buch aus – besonders nach der Entdeckung der Schlußerkennnis auf der letzten Seite der Untersuchung, die künftige Leser vielleicht an den Anfang der Lektüre stellen werden: Kirche Ost und West haben in zwei verschiedenen Gesellschaften gelebt. Deswegen kann die eine gar nicht als Erklärungsmuster für

die andere taugen. Wechselseitige Vorwürfe lösen die Probleme nicht, sondern verschärfen sie. »Das aber werden wir uns nicht mehr lange leisten können.« So lautet der allerletzte, prägnante Satz dieser wissenschaftlichen Analyse. Was Menschen in der verwirrenden Vielfalt der modernen Gesellschaft benötigen, sind Maßstäbe für die sach- und personengerechte Auswahl in der Fülle des Möglichen. Also genug richtige Arbeit für die Kirche! Fazit eines Lesers: So ungefähr dürfte es sein, wenn es um die Zukunft geht.

JENS LANGER

August Bebel:

Ausgewählte Reden und Schriften.

Band 10 (2 Teilbände):

Die Frau und der Sozialismus.

Hrsg. vom Internationalen Institut für Sozialgeschichte Amsterdam, mit einem Geleitwort von Susanne Miller, Bearb. von Anneliese Beske und Eckhard Müller,

K.G. Saur Verlag München/New

Providence/London/Paris 1996, 809 S.

Mit Band 10/1 und 10/2 wird die zu DDR-Zeiten begonnene und 1995 vom Saur Verlag München übernommene zehnbändige Bebel-Ausgabe fortgeführt. Die letzten Bände 7-9 (1899-1913) lagen auf der Frankfurter Buchmesse vor.

Zum ersten Mal wird in der vorliegenden Ausgabe Bebel's Hauptwerk *Die Frau und der Sozialismus* in seiner über einhundertjährigen Verbreitungsgeschichte mit Anmerkungen und einem Literatur- und Personenverzeichnis erschlossen und die Geschichte der Entstehung und Überarbeitungen des Werkes skizziert. Erstmals sind alle existierenden Vorworte August Bebel's zu acht inhaltlich verschiedenen Ausgaben seines Bestsellers, die Vorstudie sowie das von der DDR-Forschung ignorierte Vorwort von Eduard Bernstein zum 50. Jahrestag des Erscheinens der »Frau« 1929 (*Frau*, Anm. 65 bis 65/22, S. 739-745) in einer wissenschaftlichen Ausgabe vereint.

Das Werk erlebte Angriffe im sächsischen

Land- und im Deutschen Reichstag. »Die Frau und der Sozialismus« gehörte im Mai 1933 zu den Schriften, die der faschistischen Bücherverbrennung in Berlin zum Opfer fielen. 1946 war Bebel's Buch einer der ersten Neuerscheinungen des Dietz-Verlages nach dem Krieg. Bis auf den heutigen Tag erzielte »Die Frau« insgesamt über 80 deutsche Auflagen und wurde in rd. 25 Sprachen übersetzt, die in über 100 Ausgaben erschienen.

Der erste Halbband 10/1 präsentiert August Bebel's (1840-1913) berühmtestes Werk in der 180 Seiten starken Erstausgabe. Es erschien 1879 mit falschem Impressum, von der 2. bis 8. Auflage, um sozialistengesetzliche Verbote zu umgehen, unter Tarntiteln. Der Ausgabe ist das Geleitwort der Nestorin der altbundesdeutschen Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung Susanne Miller vorangestellt. Sie hebt den »herausragenden, ja einzigartigen Platz von Bebel's Buch in der sozialistischen Literatur aller Zeiten und aller Länder« hervor. Das Buch habe dazu beigetragen, »daß die Forderung nach Gleichberechtigung der Frau ein Thema der deutschen Sozialdemokratie wurde« (ebda, S. 1). Daran schließt sich die Editorische Vorbemerkung der Bearbeiterin Anneliese Beske, die umfang- und kenntnisreich die Entstehungs- und Wirkungsgeschichte dieses bemerkenswerten Werkes dokumentiert.

Im Mittelpunkt des zweiten Halbbands 10/2 steht die 50. Jubiläumsausgabe des inzwischen auf 519 Seiten angewachsenen Werkes von 1910. Der Band enthält darüber hinaus einen von den Bearbeitern Anneliese Beske und Eckhardt Müller akribisch verfaßten Anmerkungsapparat, mit dessen Hilfe die LeserInnen sich ein umfassendes Bild der historischen Zusammenhänge verschaffen können, in denen das Werk entstand, das bis zu dieser, drei Jahre vor dem Tode des Autors vollendeten Ausgabe ergänzt und erweitert wurde. Ebenfalls abgedruckt ist der von Bebel der Jubiläumsausgabe von 1910 beigefügte Anhang. Darin setzt er sich mit der Kritik der Frauenpolitikerin und Schriftstellerin Marianne Weber an seinen Auffassungen über mutterrechtliche Verhältnisse bei den Griechen auseinander. Die Beilagen umfassen Bebel's Glossen zu Yves Guyots und Sigismond Lacroix' Schrift *Die wahre Gestalt des Chri-*

stentums [Etude sur les doctrines sociales du christianisme], die von ihm zunächst ins Deutsche übersetzt wurde und 1876 erschien. 1878 gab er mit den Glossen einen Kommentar zu dem Werk heraus. Sie enthalten Bebels historisch-materialistische Kritik an der Schrift. In einem zweiten Abschnitt setzt Bebel sich mit der Lage der Frau in der Gesellschaft auseinander. Dieser erschien, wie aus Anm.150-152, S. 764f hervorgeht, als eigenständige Publikation unter dem Titel *Über die gegenwärtige und zukünftige Stellung der Frau* und hatte bis 1913 vier Auflagen, von denen zwei auf Grund des Sozialistengesetzes verboten wurden. Bebel selbst bezeichnete diesen von ihm 1875 im Gefängnis geschriebenen Aufsatz als »die erste parteigenössische Abhandlung über die Stellung der Frau vom sozialistischen Standpunkt« (ebda., Anm. 151). Darin verwies er bereits auf das bevorstehende Erscheinen seines Buches *Die Frau und der Sozialismus*, zu dem ihn diese Vorarbeit angeregt hatte. Ebenfalls beigefügt sind das Vorwort zur dritten Auflage von 1884, in dem Bebel schreibt, der Erfolg des Buches sei ganz wesentlich »den Angriffen ...durch den Vertreter der sächsischen Regierung und ...durch den preussischen Minister des Innern« geschuldet; die Vorrede zur neunten und damit ersten nach dem Fall des Sozialistengesetzes erschienenen Auflage von 1890, in der er sich ausführlich mit den Gegnern der Schrift, speziell dem »bisher so wenig erfolgreichen sozialdemokratischen Drachentödter Herr[n] Eugen Richter«, dem Verfasser der *Irrlehren der Sozialdemokratie* (ebda, S. 711) auseinandersetzt und sich u.a. auch von den Auffassungen Edward Bellamys abgrenzt; schließlich die Vorrede zur elften Auflage von 1891, die auf diverse fremdsprachliche Ausgaben des Buches hinweist. Von großem Interesse für heutige LeserInnen ist auch der Abdruck der Bebelschen Besprechung von Ludwig Woltmanns *Die Darwinsche Theorie und der Sozialismus* in der *Neuen Zeit*. Darin nimmt Bebel zu einer damals unter den sozialdemokratischen Theoretikern und unter Darwinisten geführten Kontroverse Stellung, die die Beziehung der Darwinschen Theorie zum Marxismus betraf und auch heute höchst aktuelle Bezüge hat. Bebel sieht den Darwinismus mit der Entwicklung der Gesellschaft zum Sozial-

ismus im Einklang (ebda, S. 721), sofern »die darwinistischen Theorien von der Auslese der Besten im Kampfe ums Dasein ...in einer sozialistischen Gesellschaft den Ausdruck finden, daß die Einheit zwischen Mensch und Natur hergestellt wird«. Dabei schließt er sich den Auffassungen Friedrich Engels' an, der in der Spezifik des Menschen »als Persönlichkeit und zugleich Gesellschaftswesen« den Unterschied zum Tier sieht, weshalb es unmöglich sei, »ihn in seiner Entwicklung nach gleichen Gesichtspunkten zu beurtheilen« (ebda, S. 724). Den »Darwinschen Kampf ums Einzeldasein aus der Natur mit potenziertem Wuth ...in die Gesellschaft [zu übertragen]« hieße dagegen, »den Naturstandpunkt des Thieres ...als Gipfelpunkt der menschlichen Gesellschaft« (ebda) zu betrachten. Diese Haltung erwies sich zwar als geeignet zum Kampf gegen die damals auch in Deutschland aufkommenden sozialdarwinistischen Auffassungen, die den neuen Rassismus beförderten. Andererseits spiegeln sie aber die der Aufklärungsphilosophie geschuldeten binären Vorstellungen von Mensch und Natur wider, die bis heute die Vereinnahmung letzterer legitimieren. Wie Bebels Rezension erhellt, war auch er nicht frei von einer hierarchisierenden Betrachtungsweise, die in der menschlichen Gattung den Höhepunkt der Evolution sah, die ihn zu unvereinbar binärem Gegensatz zu den übrigen Lebewesen erhoben habe. Wo die Realität diesen aufklärerischen Anspruch nicht einlöst, moralisiert Bebel: So sei »der Mensch der Urzeit eine Bestie« gewesen, aber auch »der moderne Mensch« stehe »oft unter dem Thiere (in der Befriedigung geschlechtlicher Leidenschaften)« (ebda, S. 727).

Bebels Werk vor allem in der späteren Ausgabe gehört zu den bekanntesten und zugleich kontroversesten marxistischen »Klassikern«. Bekanntlich stützt Bebel sich in dem Teil seines Werks, die »die Frau in der Vergangenheit« betreffen, auf Friedrich Engels' *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates* und auf seine eigene Lektüre der auch von Engels genutzten Ausführungen von Bachofen, Morgan und anderen, deren Ergebnisse in mancher Hinsicht mit neueren Matriarchatsforschungen übereinstimmen. Der Vergleich der späteren Ausgabe mit der früheren, aber auch mit Engels' 1884, sie-

ben Jahre nach der Erstauflage der Bebel'schen *Frau*, erstmals erschienenen *Ursprung der Familie* zeigt, daß der vielbeschäftigte Bebel seine wenige, meist im Gefängnis verbrachte »Freizeit« zu umfangreichen Studien nutzte. Er war in der griechischen und römischen Geschichte und Literatur ebenso zu Hause wie in der christlichen Überlieferung. Bebels marxistische Grundhaltung schloß dabei stets Kritik ein: »Wenn ich an die anderen Götter nicht glaube, so glaube ich auch nicht an die unseren« sagte er auf dem Magdeburger Parteitag von 1910 (ebda, S. 16).

Dem Vorwort von Eduard Bernstein zur 50. Jubiläumsausgabe ist zu entnehmen, wie Bebel bereits 1872 seine Zeit auf den Festungen Hubertusburg und Königstein nutzte, um sich mit Hilfe von Wilhelm Liebknecht die französische Sprache so kompetent anzueignen, daß er eine Übersetzung des o.g. Werks von Yves Guyot und Sigismond Lacroix über das Christentum anfertigen konnte. Diese Arbeit inspirierte Bebel zu den Glossen, in denen er sich erstmals mit der Frauenfrage auseinandersetzt und damit den Grundstein für sein Hauptwerk legt. Bernsteins Vorwort berichtet aber nicht nur von dem buchhändlerischen Erfolg des mit jeder neuen Auflage populärereren Werks, von dem trotz Sozialistengesetz bis 1909 197.000 Exemplare verkauft worden waren und das bis 1913 in 20 Sprachen übersetzt wurde und in mehreren Auflagen – allein die russische Ausgabe in zehn Ausgaben (ebda, S.729f) – erschienen war. Er weist auch auf seinen politischen Einfluß hin. Noch auf dem Gothaer Parteitag 1875 sei Bebels Antrag, das Frauenwahlrecht in das Parteiprogramm aufzunehmen, abgelehnt worden. Dagegen sei »heute (1929 – H.B.) die Zahl der Gegner des Eintretens für die politische Gleichberechtigung der Frau ...verschwindend gering. Des weiteren hat das Eintreten der Sozialdemokratie für das politische Recht der Frau und die Einwirkung von Bebels Buch auf wachsende Zahlen bürgerlicher Frauen die bürgerlichen Parteien genötigt, ...den Rechtsforderungen der Frauen gleichfalls größere Zugeständnisse zu machen« (ebda, S. 742).

Diese nur vier Jahre vor der Gleichschaltung der politischen Parteien und der Frauenorganisationen durch die Nazis gemachte Feststellung trägt allerdings der Ambivalenz

der politischen Parteien in der Frauenfrage nicht Rechnung und blendet die berechtigte Kritik der Frauenbewegung aus, die erklärte: »Die Gleichberechtigung der Frauen ...stand in der Verfassung, war auf dem Papier vorhanden, das war aber auch alles. Die Wirtschaft, die Finanzen, Verwaltung, der gesamte Staatsapparat...befanden sich ausschließlich in den Händen der Männer. Nicht einmal bei den Wahlen hatten Frauen die gleiche Möglichkeit freier Auswirkung wie die Männer. Denn diese allein beherrschten wiederum den Parteiapparat wie die Parteikassen und damit die Propaganda«¹ (L.G. Heymann/Anita Augspurg, S. 336).

Wenn Bebels großartiges Buch aber andererseits auch nicht die Mehrzahl der SPD-Genossen zu glühenden Kämpfern gegen die patriarchalen Verhältnisse machte oder gar der Gleichstellung der Frau in Deutschland den Weg bahnte, so haben die damaligen wie spätere Kämpferinnen für Frauenrechte seine Pionierfunktion stets anerkannt. In Anneliese Beskes Vorbemerkung wird die Vertreterin des radikalen Flügels der Frauenbewegung Minna Cauer (1842-1922) zitiert, die 1910 erklärte: »Man mag sich zu Bebels Buch stellen, wie man will, und ich bin dafür, daß man sich ihm gegenüber recht kritisch verhalte, so ist das Eine doch nicht zu leugnen, daß hier eine geschichtliche, staatswissenschaftliche und psychologische Bearbeitung des Stoffes vorliegt, wie sie überhaupt noch niemals zusammenfassender gegeben worden ist« (*Frau*, S. 14). Seine Bedeutung wurde auch von der Frauenrechtlerin Lily Braun (von Gizycki, 1865-1916) in ihrem Werk *Die Frauenfrage* (1901) und von den sozialistischen Frauenrechtlerinnen Luise Zietz (1865-1922) und Clara Zetkin (1857-1933), die es 1910 in der *Gleichheit* rezensierte, gewürdigt. Diese identifizierten sich, anders als die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen, mit Bebels und Engels' Auffassung, daß die Befreiung der Frau ein Korrelat der Befreiung der Arbeiterklasse von kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung sei.

Die Frau und der Sozialismus war »die populärste und maßgebendste Schrift der sozialdemokratischen Bewegung« (Gerhard, S. 122). In ihrer Editorischen Vorbemerkung, Anm. 25 (*Frau*, S. 12f*), nennt Anneliese

Beske über die oben angeführten hinaus weitere zeitgenössische deutsche und ausländische Autorinnen und eine Auswahl von späteren Texten, die sich mit der Bedeutung des Werks für die Frauenbewegung auseinandersetzen. Bereits die erste kurze Fassung des Werks hatte Karl Kautsky zu seiner Artikelserie *Die Entstehung der Ehe und der Familie* (1882-1883), und Engels zu seiner o.g. Schrift angeregt, die Bebel dann wieder zur Erweiterung der seinen inspirierte. Auch Eleanor Marx-Aveling und ihr Lebensgefährte Edward Aveling beziehen sich in ihrem Werk *The Woman Question* darauf. In der Editorischen Vorbemerkung wird auch Simone de Beauvoirs (1908-1986) Auffassung dazu in ihrem Hauptwerk *Das andere Geschlecht. Sitte und Sexus der Frau* (1949) zitiert: »So sind die Frau und der Sozialismus schicksalhaft eng miteinander verknüpft, wie man auch aus dem umfassenden Werk ersieht, das Bebel der Frau gewidmet hat« (ebda, S. 18). Beauvoirs Kritik an dem Werk richtet sich gegen die von Bebel und Engels unterstellte Solidarität zwischen der Arbeiter- und der Frauenbewegung² (Beauvoir, S. 147), wobei sie darauf hinweist, daß vielmehr die am meisten unterdrückten Minderheiten gern von den Unterdrückten als Waffe gegen die gesamte Klasse, der sie angehören, benutzt werden.

Bebel hatte aber auch selbst Impulse von Frauenrechtlerinnen erhalten. Er war mit der Gründerin des allgemeinen Deutschen Frauenvereins Louise Otto-Peters bekannt und nahm 1865 an der ersten Frauenkonferenz in Leipzig als einer der drei Männer teil, die sich den 120 Teilnehmerinnen angeschlossen hatten.

Er unterstützte auf dem deutschen Webertag 1871 die von der Proletarierin Christiane Peuschel eingebrachte Resolution für gleichberechtigte Teilnahme der Frauen in den Gewerkschaften und für gleichen Lohn für gleiche Arbeit (Gerhard, 109).

Zu den hervorzuhebenden Leistungen der Bearbeiter gehört, last but not least, ein Akt historischer Gerechtigkeit.

Durch die Auswertung bisher nicht zugänglicher Briefe konnten sie zum ersten Mal detailliert über die Hilfe des später unter Stalin ermordeten russischen Historikers, ausgezeichneten Kenners der internationalen

Arbeiterbewegung und Herausgebers der ersten MEGA-Ausgabe D.B. Rjazanov bei der Überarbeitung der 50. Jubiläumsausgabe der Bebel'schen »Frau« berichten. Bebel dankte Rjazanov in der Vorrede zur 50. Auflage des Werks 1909 »für die umfassende Hilfe, die er mir bei Bearbeitung der fünfzigsten Auflage gewährte« (*Frau*, S. 233). Er habe »den Hauptteil der Arbeit geleistet« (ebda, S. 739). Von ihm stammt die Gliederung des Buchs in 30 Kapitel, die wesentlich zur Übersichtlichkeit der späteren gegenüber den früheren Fassungen des Werkes beitrug. Kautsky hatte Bebel bereits 1879 eine Gliederung des Buchs nach Kapiteln empfohlen (ebda, Anm. 164, S. 768). Dieser war Bebel ab der zweiten Auflage, die 14 Kapitel aufweist, bereits nachgekommen. Von Rjazanov stammt neben der weitergehenden Unterteilung die Schlußredaktion, zu der der kranke Bebel selbst nicht mehr imstande war, sowie die Einfügung neuer statistischer und bibliographischer Daten. Der Verleger J.H.W. Dietz lobt den Redakteur 1909 dafür, daß er »der Versuchung löblich widerstanden [habe], den Bebel zu korrigieren« (ebda, Anm. 82, S. 751).

Die Ausgabe ist eine Fundgrube für alle diejenigen, die sich für die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und der Frauenrechtsbewegung um die Jahrhundertwende interessieren. Darüber hinaus kann sie allen historisch interessierten LeserInnen empfohlen werden. Die hier besprochene Neuausgabe verknüpft die historischen Texte mit vielen relevanten Ergebnissen späterer Forschungen und Erkenntnissen, die den LeserInnen auf gut lesbare, leicht auffindbare Weise zur Verfügung gestellt werden.

HANNA BEHREND

- 1 L.G. Heymann/A. Augspurg: *Erlebtes – Erschautes. Deutsche Frauen kämpfen für Freiheit, Recht und Frieden 1850-1940*, hrsg. M. Twellmann, Meisenheim 1977, zitiert nach Ute Gerhard: *Unerhört. Die Geschichte der deutschen Frauenbewegung*, Rowohlt Verlag Hamburg 1990.
- 2 Simone de Beauvoir: *The Second Sex*, Jonathan Cape, London 1953.

Peter L. Berger (Hrsg.): Die Grenzen der Gemeinschaft. Konflikt und Vermittlung in pluralistischen Gesellschaften. Ein Bericht der Bertelsmann Stiftung an den Club of Rome, Aus dem Englischen von Karlheinz Dürr und Ursel Schäfer, Verlag Bertelsmann Stiftung Gütersloh 1997, 656 S. (58,00 DM)

Es gibt Bücher, die legt der Rezensent auch nach 656 Seiten unbefriedigt aus der Hand. Berichte an den Club of Rome versprochen bislang meist unkonventionelle Sichten auf knallharte Probleme unserer Welt. Zwischen den »Grenzen des Wachstums« (1971) und der »Global Revolution« (1991) lagen Umbrüche von Produktivkräften und Gesellschaftsordnungen, die in der jüngeren Geschichte beispiellos waren und die die Denker des Clubs zu profunden, oft umstrittenen Analysen verdichteten.

Nun machen sich Autoren um Peter L. Berger, einem begeisterten Verteidiger des neoliberalen Kapitalismus¹, daran, im Interesse neuer »geistiger Orientierung« Konflikte und Vermittlungen in pluralistischen Gesellschaften unter die Lupe zu nehmen. Trotz großzügigen Sponsorings der Bertelsmann Stiftung, dieser Versuch scheiterte. Nicht, daß einzelne Fallstudien, so zur Transformation der chilenischen Diktatur (Arturo Fontaine Talavera) oder zur Überwindung der Apartheid in Südafrika (Ann Bernstein) nicht tiefe Einblicke in die Probleme dieser Gesellschaften geben würden. Auch die Beiträge zu den USA (James Davison Hunter), Frankreich (Daniele Hervieu-Léger), der Türkei (Serif Mardin), Indien (André Béteille) oder Japan (Seizaburo Sato) sind lesenswert. Die Rolle der Stiftungen (USA) und privater Akademien (Chile), der Einfluß intra-personeller Netzwerke (Türkei), das Funktionieren vereinbarter Machtwechsel (Chile, Südafrika) oder der Einfluß der Umweltprobleme auf die Politik (Taiwan) sind nach der Lektüre besser zu verstehen.

Nur, ist das Problem der heutigen Gesellschaften der »normative Konflikt« als Auseinanderprallen unvereinbarer Werte? Existieren Wertkonflikte voraussetzungslos? Berger ge-

steht die ihn eigentlich bewegende Problematik selbst ein, er bezieht sich auf den »Konflikt zwischen ›traditionellen‹ und ›progressiven‹ moralischen Werten« (S. 593) als Fortsetzung der Auseinandersetzungen seit Aufklärung und Französischer Revolution. Seit 1789 »verläuft eine Hauptbruchlinie zwischen der ›Rechten‹ und der ›Linken‹ – konservative, traditionelle, typischerweise religiös determinierte Kräfte stellen sich gegen Kräfte, die Fortschrittsglauben, radikalen Gesellschaftsumbau und gewöhnlich auch säkuläre Orientierung vertreten.« (S. 592) B. muß eingestehen, daß das auch nach dem Ende des Realsozialismus nicht beendet ist. Wenn es zu Verteilungskonflikten kommt, wenn die Gerechtigkeit vermißt wird, dann wird diese Rechts-Links-Bruchlinie wieder an Bedeutung gewinnen. »Teilweise als Folge der ökonomischen Globalisierung wachsen solche Konflikte überall an, auch in allen industrialisierten Demokratien.« (S. 592f)

Für die Autoren, so Werner Weidenfeld vom Bertelsmann Stiftungs-Vorstand, geht es um »die hinter der Kulisse ablaufenden Veränderungen der Einstellungen, Werte und Mentalitäten« (S. 11) Besorgt muß er eingestehen, daß es eben »nicht nur Grenzen des Wachstums gibt, sondern auch Grenzen der sozialen Kohäsion, von denen unser Überleben als Menschen unter friedfertigen gesellschaftlichen Bedingungen abhängt« (S. 13).

Die Schwierigkeit des Buches bleibt, nicht nach den Ursachen für diesen Umbruch zu fragen. Nicht danach zu suchen, wie die Auswirkungen der Produktivkraftrevolution, des Endes des Fordismus, der Globalisierung in die Geschicke der Länder, Nationen, sozialen Strukturen eingreifen. Es wird eben nicht thematisiert, warum der Realsozialismus vor diesen neuen Herausforderungen versagte, warum nationale Konflikte aufbrechen und autoritäre wie diktatorische Lösungen zumindest in der Tendenz durchaus Unterstützung finden. Das hat doch wohl mit der praktischen Auflösung sozialer Bindung und der mit ihnen verbundenen Werte zu tun, ihrer Verwandlung in reine Ware-Geld-Beziehungen.

Wenn Hunter fragt, »unter welchen Bedingungen ... demokratische Ideale und Institutionen aufrechterhalten werden (können)« (S. 75), dann ist er sehr dicht an dieser Einsicht.

Nur, er und die meisten seiner Mitautoren spitzen die Frage nicht auf die neuen sozialen Polarisierungen zwischen Arm und Reich, zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen, zwischen Privilegierten und sozial Benachteiligten zu. Die klassische Klassenspaltung des 19. Jahrhunderts ist in den modernen Industriegesellschaften durcheinander gebracht, aber die Klüfte an den genannten Trennlinien sind breiter geworden.

Besonders wirklichkeitsfremd fällt die Analyse von Franz-Xaver Kaufmann aus. Sein Bild der (bundes)deutschen Gesellschaft kommt weitgehend ohne die kapitalistische Restauration der Wirtschaftswunderjahre aus, die 68er stehen isoliert im Raum, die Herausforderung DDR in den fünfziger/sechziger Jahren findet nicht statt, der DDR-Anschluß ist ein marginales Ereignis, der emanzipatorische Impetus der Herbst-Revolutionäre 1989 findet ebensowenig seine Anerkennung wie das Fortbestehen von zwei deutschen Wirtschafts- und Wertegemeinschaften im vermeintlich vereinten Deutschland.

K.s Beitrag bietet aber trotzdem Ansätze, um weiter zu fragen. Zunächst konstatiert er, daß für die alte Bundesrepublik Konflikte auf religiöser, ethnischer oder Klassen-Ebene eigentlich keine Rolle gespielt haben. Er sieht dies durchaus im Zusammenhang mit der vierzig Jahre vorherrschenden Systemkonfrontation, in der die Angst vor dem Sozialismus und entsprechende Abwehrstrategien – die er natürlich so nicht nennt – als wesentliches Kohäsionsmoment bestimmend waren. Insofern gilt also offenkundig auch für die Bundesrepublik jener »Gefrierschrankeffekt«, den Janos Matyas Kovacs für das Wegdrücken der Konflikte im realsozialistischen Ungarn bemüht, die nun im Postsozialismus wieder auftauen. Offenkundig hat das ebenso die westlichen Staaten stabilisiert.

Für die Gegenwart arbeitet K. einen Konflikt Marktwirtschaft – Sozialstaat heraus, von unterschiedlichen Werte- und politischen Lagern verfochten. Nach K. finden sich »im normativen Argumentationshaushalt beider Seiten ... kaum neue Argumente, vielmehr werden nur die alten mit größerer Dringlichkeit vorgetragen. Bemerkenswerterweise beschränken sich die Auseinandersetzungen bisher im wesentlichen auf die Exponenten

des Arbeitgeber- und des Gewerkschaftslagers. Weder die großen Volksparteien noch breite Bevölkerungskreise haben sich bisher für diesen Gegensatz mobilisieren lassen.« (S. 173) Das würde an der Schwierigkeit der Probleme und der fehlenden Griffigkeit der Begriffe liegen. Es stimmt natürlich, Patentrezepte gibt es nicht. Aber es sind offenkundig drei andere Gründe, die dieses Problem so schwer politikfähig machen. Erstens verhindert Individualisierung und Segmentierung der Gesellschaft ein gemeinsames Handeln der Betroffenen und schwächt ihre eigentlichen Interessenorganisationen. Zweitens ist mit dem Fall des Realsozialismus nicht nur ein konkretes Alternativmodell – zudem mit Fehlern und Konstruktionsmängeln – gescheitert, auch die anderen eher sozial ausgerichteten politischen Kräfte sind von diesem Niedergang in Mitleidenschaft gezogen worden. Drittens ist es dem konservativ-neoliberalen historischen Block in allen westlichen Metropolen gelungen, die neue Produktivkraftsituation tatsächlich in eine Vorherrschaft ihrer Ideen umzudeuten. Das hat Auswirkungen bis hinein in die potentielle Linke.

Insofern ist das begeisterte Beschwören des Grundgesetzes als der großen identitätsstiftenden Institution Deutschlands eher fragwürdig. Zunächst existiert »das« Grundgesetz so wieso nicht, mittlerweile wurde es 43-mal geändert und das BVG hat durch seine Rechtsprechung wiederholt eingegriffen. Wesentliche Ansprüche an die Bundesrepublik als »demokratischem und sozialem Bundesstaat« sind so nicht eingehalten und harren immer noch ihrer Verwirklichung. Selbst der gern zitierte Verfassungspatriotismus ist leider bislang etwas für den Diskurs der Intellektuellen. Die reale Entwicklung seit 1990 hat dessen Brüchigkeit gezeigt, machtpolitischer Nationalismus ist nicht nur latent vorhanden.

Der Hinweis von K. auf die Möglichkeit der Selbstorganisation – plastisch an den neuen sozialen Bewegungen exemplifiziert – ist natürlich ebenso wichtig wie die in der Bundesrepublik ausgefeilte Prozedualisierung von Konflikten. Letztere wird von ihm als »Entdramatisierung (der Konflikte) durch Fragmentierung und ihre Kleinarbeitung im Rahmen von Verhandlungssystemen, an denen die Konfliktparteien beteiligt sind«, definiert

(S. 194). Zumindest hinsichtlich von Konflikten, bei denen es ums »Ganze« geht, etwa hinsichtlich ihrer internationalen Dimension, wird K. skeptisch. Die praktisch-politische Erfahrung weist allerdings vor allem auf die Gefahr der Politikverdrossenheit hin, weil letztlich die Konflikte durch solche Verfahren so »kleingearbeitet« werden, daß sie nicht gelöst werden. Damit sind wir aber wieder beim Ausgangspunkt – um was für Konflikte geht es und um welche Interessenlagen? Stellen wir uns ihnen oder zerreden wir sie um normativer Betrachtungsweisen willen?

STEFAN BOLLINGER

¹ Siehe meine Rezension zu Peter L. Berger: Die Kapitalistische Revolution, Wien 1992. In: UTOPIE kreativ, H. 37/38 (1993), S. 178ff.

Hubert Schleichert:

Wie man mit Fundamentalisten diskutiert, ohne den Verstand zu verlieren. Anleitung zum subversiven Denken, C.H. Beck Verlag München 1997, 196 S. (29,80 DM)

Edward W. Said:

Götter, die keine sind. Der Ort des Intellektuellen, Aus dem Englischen von Peter Geble, Berlin Verlag Berlin 1997, 150 S. (32,00 DM)

Paolo Flores d'Arcais:

Die Linke und das Individuum. Ein politisches Pamphlet, Aus dem Italienischen von Roland H. Wiegenstein, Verlag Klaus Wagenbach Berlin 1997, 112 S. brosch. (15,80 DM)

Buchpublikationen, die sich der Frage widmen, welche Aufgabe dem Intellektuellen in der heutigen Zeit zukommt, wo sein Ort ist, haben eine berechtigte Konjunktur. Hier fragen als Autoren schließlich selbst Intellektuelle nach ihrem notwendigen – oder eben nicht mehr benötigten – Beitrag für die Gesellschaft. Die Gesellschaft jedenfalls zieht den Intellektuellen kaum mehr in der Weise zu Rate, wie es einmal war: als Kommentator und als Kriti-

ker, der theoretische Werkzeuge zur praktischen Veränderung der Gesellschaft liefert. Der Philosoph Michel Foucault hatte, in Auseinandersetzung mit Jean-Paul Sartre, die Unterscheidung zwischen dem universellen Intellektuellen und dem spezifischen beziehungsweise speziellen Intellektuellen geprägt: Er setzte gegen einen mit allumfassenden Großtheorien arbeitenden und für alle sozialen Bezirke zuständigen Theoretiker, wie etwa den Marxisten, einen Experten, der in vorhandene soziale Teilkämpfe eingreift, sie mit Fachwissen unterstützt, statt sie zu führen. Foucault sah vor allem die Bevormundung der politischen Bewegungen durch den Intellektuellen als Gefahr. Doch Foucaults Bedenken haben sich merkwürdig zerstreut und verkehrt. Aus dem speziellen Intellektuellen ist in Zeiten vermeintlicher Pluralisierung und postmoderner Toleranz ein Meinungsmacher geworden, der ohne Verbindlichkeiten von den Medien vorgeführt wird. Er muß die Zuschauer unterhalten können und stets beteuern, daß seine Ansichten nur eine Möglichkeit der Sicht der Dinge darstellen; er agiert in Form des Stars, kann Sportler, Schauspieler oder Universitätsangestellter sein. Die Lage ist prekär, denn dieser Pluralismus der Meinungen, der sich auf Objektives nicht mehr verpflichten will, trifft auf eine ganz und gar nicht plurale Situation der ökonomischen Krise wie auch verschärfter sozialer Widersprüche – eine Situation mithin, die den intellektuellen Eingriff so nötig macht.

Gramsci hat einmal bemerkt, es sei leicht, vom Intellektuellen zu sprechen, vom Nicht-Intellektuellen dagegen schwer: Intellektualität, engagiertes Reflexionsvermögen, operationales Eingreifen in Theorie und Praxis ist Fähigkeit eines jeden. Der Konstanzer Philosoph Hubert Schleichert müßte eigentlich Gramsci, würde er ihn kennen, unterstützen: Er stellt sich in seinem Buch »Wie man mit Fundamentalisten diskutiert, ohne den Verstand zu verlieren« der Schwierigkeit, daß jeder Mensch zum reflektierenden, vernünftigen Denken fähig ist, es aber längst nicht jeder Mensch tut. Schleicherts Empfehlung ist pädagogisch: eine »Anleitung zum subversiven Denken«. Im Vertrauen auf eine um rhetorische Elemente erweiterte formale Logik – Schleichert führt zum Beispiel das »subver-

sive Lachen«, die Satire wieder ein – bemüht er sich, dem Leser plausibel zu machen, daß gegen den Fundamentalismus die »abendländische, kritische Vernunft« ein gutes Rezept ist. Als analytischer Philosoph, der den Widerspruch, geschweige denn Dialektik (und das Aushalten der Widersprüche) ebensowenig kennt wie den sozialen Grund, die historischen Bedingungen, die Fundamentalismus hervorbrachten, stiften Schleicherts Ausführungen Verwirrung: Er bringt eine konsistente Argumentation, daß gegen den Fundamentalismus – und da schmeißt er Religionen mit »Marxismus«, der mal Sozialdemokratie, mal Realsozialismus ist, und Faschismus in einen Topf – konsistentes Argumentieren zwecklos ist. Das »subversive Denken« bleibt Plädoyer, ohne es selbst in den Ausführungen, die sich knochentrocken geben, einzulösen. So erweist sich Schleichert selbst als Fundamentalist, der den Subversionsbegriff als ideologische Plakette führt; Theorie-Praxis will er nicht kennen, sowenig wie Subjekt-Objekt. (Sein Buch bleibt allerdings ein guter, bündiger Überblick über verschiedene Formen des Argumentierens.)

Sleicherts Ansatz des subversiven Denkens verhält, weil ihm die Kategorie des Engagements fehlt, die für jede Form der Subversion unabdingbar ist: Er begeistert sich für die logisch-rhetorische Möglichkeit des besseren Arguments, aber nicht für die sachlich-reale Möglichkeit der besseren Welt. Wie solches Engagement nachzuzeichnen und aktualisierbar ist, untersucht der in New York lebende und lehrende Edward W. Said mit seinem Buch »Götter, die keine sind« und fragt offen nach dem »Ort des Intellektuellen«. Man darf sogleich sagen, daß dieses Buch nicht an die theoretische Dichte von Suids »Orientalismus« (1981) heranreicht, in dem der Orient, der Osten als westliches Konstrukt entlarvt wird (und das sich demnach durchaus gegen Schleicherts fundamental-eurozentrische Fundamentalismuskritik lesen ließe!). Said charakterisiert den Intellektuellen als »Exilierten und Grenzgänger, als Amateur und als Urheber einer Sprache, die der Macht gegenüber Wahrheit auszusprechen sucht« (S. 140f.). Die Intellektuellen sind und müssen immer Außenseiter sein, sie »sollten patriotischem Nationalismus, korporativem

Denken, Klassenbewußtsein, rassistischen oder geschlechtsspezifischen Privilegien mit Vorbehalt begegnen« (S. 138). Allerdings verhalten diese Forderungen im bloß skizzierten, möglichen Sollen. Sie stehen in krasser Spannung zu dem Ausgangsmotiv, welches Said Gramsci entlehnt: »Alle Menschen sind Intellektuelle ...: aber nicht alle Menschen haben in der Gesellschaft die Funktion von Intellektuellen« (zit. n. S. 9). Said operiert nun an der Funktion des Intellektuellen mehr als am Begriff selbst – damit geht er dem bei Gramsci schon gemeinten Widerspruch nicht aus dem Weg, hebt ihn aber nicht auf: Der Intellektuelle als Sozialkritiker und Skeptiker steht hier der Intelligenz, den Kopfarbeitern und Ingenieuren gegenüber, ohne doch von ihnen klassenspezifisch getrennt zu sein. Die Stärke von Suids essayistisch angelegtem Buch ist zudem vergebens in einer stringenten Argumentation zu suchen; es bleibt Plädoyer und ist zu optimistisch im Glauben, der Intellektuelle könne letztlich seinen Ort selbst bestimmen. Die Stärke Suids liegt nichtsdestotrotz in seinem intellektuell verwirklichten Internationalismus: Er bringt in seinen Untersuchungen verschiedenste Namen und Theorien ins Gespräch: historisch – von Vico über Jane Austen, über Bertrand Russell bis Lyotard; geographisch – von V.S. Naipaul, Malcolm X, James Baldwin bis Adorno. Man darf deshalb Suids Ausführung vielleicht nur als Begriffsskizze verstehen, die erstmals bemüht ist, den Intellektuellen im Kontext der Weltkulturen zu verorten; jedenfalls zielen seine Ausführungen keineswegs auf einen Relativismus, wenn er schreibt: »Für den Intellektuellen besteht meines Erachtens die Aufgabe darin, die Krise ausdrücklich als universelle anzusehen, den Horizont zu erweitern, das Leben einer bestimmten Rasse oder Gruppe oder Nation mit dem Leiden anderer in Zusammenhang zu bringen« (S. 50).

Ebenso wie Suids Buch ist auch Paolo Flores d'Arcais' »Die Linke und das Individuum« ein Plädoyer – zudem: Es ist als »Ein politisches Pamphlet« untertitelt. Es sind vier Beiträge, die zuerst in der Zeitschrift »Micro-Media« erschienen, deren Herausgeber Flores d'Arcais ist. Als Sozialist in Italien steht der in Rom lebende Philosoph und Autor unabdingbar in der Tradition Gramscis – um so

schwerer wiegt, daß dies Buch nicht hält, was es verspricht: zum Pamphlet fehlt ihm die gewaltige Sprache, die entlarvend, benennend und schutzlos ist. Und politisch sind die einzelnen Abhandlungen nur insofern, wie sie sich fast anbiedernd auf das einlassen, was an herrschender Politik geboten wird: was Flores d'Arcais der Leserschaft anbietet, ist ein Hilferuf der Sozialdemokratie, aber keine Kritik der Demokratie zur Rettung des Individuums, keine wirkliche Differenzierung von Massendemokratie (die ihre Kritik schon bei den Anarchisten, schließlich aber Herbert Marcuse fand) und demokratischem Sozialismus. Auf den kapitalistischen Markt möchte der Autor nicht verzichten (S. 21); er weiß sich als Fürsprecher einer ohnmächtigen Linken, die Marx längst über Bord geworfen hat. Doch wer auf den Markt nicht verzichten möchte, gleichwohl aber die Krise erkennt, kann diese nie als ökonomische Basiskrise begreifen; für einen Linken, der sich das Linkssein zudem zum Zentralthema wählt, ist es deshalb unverzeihlich, wenn plötzlich die »Einwanderung aus der Dritten Welt in die europäischen Metropolen« eine der Krisen ist, »die die Epoche prägen« (S. 18). Sätze, die das Pamphlet wohl verneinen mögen, verharren so im Allgemeinen: alles mündet in der Forderung, daß Tyrannei abgewendet werden soll, daß das Individuum die Demokratie braucht und vice versa. Das ist gut und recht – nur ist mit einer naiven Abrechnung des Marxismus, die man sonst nur von rechts kennt, alle wissenschaftliche, mithin logische Basis aus der Argumentation genommen. Flores d'Arcais kann nicht anders, als die Linke mit moralischen Appellen retten zu wollen. Da ist der, der sein eigenes Linkssein legitimieren zu müssen glaubt, am Ende noch besser mit dem Buch von Schleichert bedient, was zwar politisch nicht minder im realdemokratischen Nirgendwo steht wie Flores d'Arcais, doch bietet Schleichert wenigstens eine gewisse sachliche Greifbarkeit. Allerdings: nur Said sucht überhaupt den Weg aus diesem Nirgendwo zum konkreten Ort des Intellektuellen.

ROGER BEHRENS

Gabriele Köhler, Charles Gore, Utz-Peter Reich, Thomas Ziemer (eds.): *Questioning Development. Essays on the theory, policies and practice of development interventions*, Metropolis-Verlag Marburg 1996, 457 S.

Die Entwicklungsbesessenheit ist bekanntlich ein durchaus ›modernes‹ Phänomen, das mit der vollen Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise in der nordwestlichen Hemisphäre etwa seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts um sich greift. Einen ersten Kulminationspunkt stellt die Große Russische Revolution im Oktober/November 1917 dar, in deren Gefolge nachholende Entwicklung um jeden Preis zu einer quasi staatsterroristischen Veranstaltung wurde. Unter dem Druck der Großen Weltwirtschaftskrise und der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges wurde schließlich »Entwicklung« zum Schlüsselbegriff, mit dem in den Metropolen die sozialistischen Sympathien eingedämmt und die Attraktivität des staatssozialistischen Modells nachholender Entwicklung an der Peripherie gebrochen werden sollte.

»Entwicklung« ist irreversibel, wer damit einmal begonnen hat, der hat alle Brücken zu einer vorkapitalistischen Vergangenheit abgebrochen und muß weiter voran, und selbst wenn der Lauf der Dinge geradewegs zu »Unterentwicklung« führt. Dies ist wohl das peinlichste Eingeständnis nach 40 Jahren Entwicklungseuphorie. Im »verlorenen Jahrzehnt« der achtziger Jahre wurde klar, was linke Theoretiker längst vermutet hatten, das kapitalistische System kann das Wohlstandsversprechen von Wachstum durch Entwicklungshilfe nicht einlösen – Entwicklung als eindimensionaler Prozeß nachholender Modernisierung hat sich ironischerweise genau in dem Moment als Illusion erwiesen, als der entschiedenste – realsozialistische – Versuch, die kapitalistische Moderne nachzuvollziehen, zusammenbrach. Das Ende des Planungsstaats fiel zeitlich zusammen mit dem Ende des Entwicklungsstaats und der mit »Sozialklimbim« geschönte kapitalistische Wohlfahrtsstaat hat beider Ende kaum überdauert.

Die Frage danach, was es mit Entwicklung in Theorie, Politik und Praxis auf sich hat, ist also drängender denn je. Deshalb hat sich die Frühjahrstagung des Arbeitskreises für Politische Ökonomie 1995 dieses brisanten Themas angenommen. Die Dokumentation der Beiträge liegt nunmehr vor.

Präsentiert werden sie in einem dreigeteilten Buch, in dessen erstem Teil – »Querying the foundations« – es vor allem darum geht, sich auf der Basis vertiefter Einsichten den Grundlagen des Entwicklungsdenkens erneut kritisch anzunähern. In sechs Beiträgen von acht Autorinnen und Autoren wird eine Reihe von brisanten Fragen aufgeworfen, die sich vor allem mit der Zukunft der Entwicklungs-idee am Ende des 20. Jahrhunderts, im Zeitalter der »Globalisierung«, beschäftigen. *Gabriele Köhler* bietet zunächst einen Überblick über die verschiedenen Paradigmen des interventionistischen Entwicklungsdenkens seit dem Zweiten Weltkrieg. Entwicklungsdenken erscheint hier als kollektives Sendungsbe-wußtsein, mittels gezielter Politik Gesellschaften auf den »Entwicklungsweg« zu bringen. Allerdings hat die kaum bearbeitbare Komplexität des Phänomens »Entwicklung« schnell dazu geführt, Fortschritt und Entwicklung mit »Wachstum« und den daraus erhofften Wohlstandseffekten in eins zu setzen. Dies hat sich nicht nur als fatale Illusion erwiesen, auch die Vermutung, daß Entwicklung, wie sie bisher meist verstanden wurde, unbedingt als positiv angesehen werden muß, konnte nicht erhärtet werden – wie vor allem in den Beiträgen von *Luuk Knippenberg* und *Frans Schuurman* sowie von *Detlev Haude* gezeigt wird. Das neue Entwicklungsdenken der neunziger Jahre wird deshalb als multidimensional und variantenreich beschrieben und sollte trotz Globalisierungsdruck – warum eigentlich? – auf Umverteilung gründen, meint jedenfalls G. Köhler (vgl. S. 39).

Der zweite Teil – »Revisiting and renewing development economics« – vereint sechs Beiträge von neun Autorinnen und Autoren, denen es um eine Erneuerung entwicklungsökonomischer Ansätze zu tun ist. Was dabei allerdings zutage tritt, hat mit einer tatsächlichen Erneuerung wenig gemein. In allen hier versammelten Aufsätzen geht es faktisch nur darum, wie »Wirtschaftswachstum« – was

wohl dasselbe sein soll wie »Entwicklung« – »erzeugt« werden könnte. *Waltraud Schelkle* entwickelt zu diesem Zweck Elemente einer »allgemeinen Entwicklungstheorie«, die in ihrem Kern darauf hinaus laufen, daß es in einer dualistischen Ökonomie mit familienwirtschaftlich geprägter Landwirtschaft und einem kapitalistisch-marktwirtschaftlich organisierten Industriesektor vor allem auf Preis- und Einkommensstabilität ankommt, wenn selbsttragendes Wirtschaftswachstum ausgelöst werden soll. Damit wird, wie auch im Beitrag von *Franz Haslinger* und *Thomas Ziesemer*, der sich mit Wachstum und Verteilungskonflikten befaßt, die Verantwortung für das Gelingen oder Mißlingen von Entwicklungsanstrengungen an die (Regierungs)Politik überstellt. Das Ergebnis politischen Handelns wiederum erweist sich als weitgehend unvorhersehbar (vgl. S. 241) – womit sich viele der hier angestellten theoretischen Überlegungen als reine Gedankenakrobatik qualifiziert haben dürften. Wenn es schließlich in aller Einfachheit noch eines Beweises dafür bedurft hätte, daß der Westen ohnehin längst weiß, wie »Entwicklung« funktioniert, dann ist *Helmut Wagner* bemüht, ihn mit seinen Betrachtungen über den »Nutzen« wirtschaftlicher und politischer Konditionalität in der Entwicklungspolitik zu liefern.

Wesentlich realitätsnähere und auch kritischdistanzierte Sichten werden demgegenüber im dritten Teil – »Examining policies and politics« – von sechs Autorinnen und Autoren in ebensovielen Beiträgen geboten. Neben einer Analyse der Strukturanpassungsprogramme von Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF) (*Henk-Jan Brinkman*), die zu dem Schluß kommt, daß diese Programme für eine gesamtwirtschaftliche Stabilisierung zwar notwendig für »Entwicklung« aber keineswegs ausreichend sind, beschäftigt sich vor allem *Kunibert Raffer* mit der Wirkung der von den nordwestlichen Industrieländern verfolgten Wirtschaftspolitik auf die südlichen Entwicklungsländer. Anhand der Vereinbarungen der Uruguay-Runde des GATT zeigt Raffer, daß die kleinen Zugeständnisse des Nordwestens an den Süden durch die auf umfangreiche Schutzmaßnahmen hinauslaufende handelspolitische Praxis der Industrieländer weit überkompensiert

werden. »All in all the North were mostly able to shape the Final Act according to their views and against developmental interests« (S. 349) – lautet sein ernüchterndes Fazit. Schließlich könnte die von der Uruguay-Runde des GATT ebenfalls beschlossene Schaffung einer Welthandelsorganisation unter den herrschenden Machtverhältnissen leicht dazu führen, daß die ohnehin bereits faktisch von Weltbank und IWF regierten Entwicklungsländer auch noch den Rest internationaler Handlungsfähigkeit einbüßen (vgl. S. 347). Ulrich Busch bleibt es vorbehalten, die Transformationsproblematik in Mittel- und Osteuropa in die entwicklungspolitische Perspektive einzuordnen. Ironischerweise wird – ob vom Autor gewollt oder nicht, ist nicht ersichtlich – am Ende seiner interessanten Erörterung über verschiedene Transformations- und/oder Entwicklungsstrategien zwischen Kapitalimport und Exportorientierung deutlich, daß sich die politische Realität z.B. in Ungarn kaum mit einem theoretisch doch so einleuchtenden »Entweder – Oder« fassen läßt. Von wohlüberlegten, absichtsvoll ins Werk gesetzten Transformationsprogrammen kann offensichtlich mit genausowenig Berechtigung gesprochen werden wie von Entwicklungsstrategien überhaupt.

In einem erfrischend kritischen Aufsatz über die Rolle von Nichtregierungsorganisationen im Bereich der Entwicklungspolitik unterbreitet *Fons van der Velden* bemerkenswerte Einsichten in die vielfältigen Dilemmata der vermeintlich so effektiven und staatsfernen Institutionen privaten Entwicklungsengagements. Mit der Feststellung, daß viele dieser Organisationen vor allem im Nordwesten inzwischen bereits zum Arbeitsplatz sichernden Selbstzweck für die »Aktivisten« (vgl. S. 412) und (über finanzielle Abhängigkeiten) zum Trojanischen Pferd der offiziellen Entwicklungspolitik mutiert sind, dürfte er nicht nur die belgische, sondern auch die bundesdeutsche Wirklichkeit ziemlich treffend beschrieben haben.

Beiträge von *Susanne Teltscher* über das Lieblingskind der Entwicklungspolitik seit den späten siebziger Jahren – den »informellen Sektor« – sowie zur Kritik des »Eco-Tourismus«-Konzepts von *Anita Pleumarom* schließen den Band ab.

Insgesamt ist es den Herausgebern wohl gelungen, einen recht guten Querschnitt zusammenzustellen, der ein einigermaßen realistisches Bild vom Glanz und Elend der kritischen entwicklungspolitischen Debatte gibt. Und weil sich die sich kritisch oder alternativ wählende Entwicklungstheorie und -politik selbst oft nur in wenigen Nuancen vom mainstream konservativer Ansätze unterscheidet, durften spektakuläre, wirkliche neue Überlegungen wahrscheinlich auch nicht erwartet werden.

ARNDT HOPFMANN

Carlo M. Cipolla: Die gezählte Zeit.
Wie die mechanische Uhr das Leben
veränderte,
Verlag Klaus Wagenbach Berlin
1997, 128 S.

Der italienische Wirtschaftshistoriker C.M. Cipolla versteht es, umfangreiche Forschungsergebnisse zu verhältnismäßig trockenen und wenig publikumsfreundlichen Themen interessant aufzubereiten und in attraktiver Form darzubieten. Ein Beispiel dafür waren die bereits 1995 vorgestellten »Geld-Abenteuer« (vgl. UTOPIE kreativ 57). Mit dem vorliegenden Buch kommt ein weiteres, nicht minder ansprechendes, hinzu. Den thematischen Ausgangspunkt bildet diesmal die Zeit, insbesondere das Zeitverständnis und die Zeitmessung. Da das Zeitbewußtsein sozial- und kulturhistorisch bestimmt ist, unterliegt es einem historischen Wandel, wird unterschiedlich erlebt und erscheint in verschiedenen Formen. Das Problem der Zeit ist von philosophischer und soziologischer Seite umfassend erörtert worden (vgl. dazu u.a. Kant, Durkheim, Bücher, Elias, Weber, Luhmann). Ebenso das des Zählens und Messens (vgl. insbesondere A. Sohn-Rethel). Cipolla kennt diese Arbeiten und setzt sie voraus. Sein Bezugspunkt ist aber ein anderer: Er geht das Problem von der *technischen* Seite an. Ihn interessieren vor allem die Instrumente der Zeitmessung und deren Entwicklung. Die zentrale Frage in der hier betrachteten Periode ist die nach dem Einfluß der mechanischen Uhr auf das Leben der Menschen.

Gestützt auf sein Buch aus dem Jahre 1978 »Clocks and Culture 1300 - 1700« erzählt der Autor originell und abwechslungsreich Geschichten, die einen Einblick geben in die Geschichte der Uhr. Dabei steht die Uhr als das erste Präzisionsinstrument sinnbildlich für die technische Entwicklung seit dem ausgehenden Mittelalter. Zugleich ist sie Objekt und Ausdruck einer sich verändernden Zeitauffassung, Lebensweise und Rationalität. Ausgehend von der technologischen Entwicklung der Instrumente zur Zeitmessung analysiert Cipolla »die vielfältigen, komplexen und reziproken Beziehungen, die die technologische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Entwicklung miteinander verbinden« (S. 117). Er gelangt dabei zu dem Fazit, daß die Uhr, wie andere Maschinen und Instrumente auch, nicht nur erfunden und entwickelt wurde, weil dafür ein Bedarf bestand, sondern vor allem, »weil aus einem bestimmten kulturellen Umfeld sowohl die Wahrnehmung dieses Bedarfs als auch die Art seiner Befriedigung erwuchs«. So fand die Verbreitung der Uhren jeweils dort ihre Grenzen, wo die gesellschaftlichen Bedingungen eine sinnvolle Nutzung verhinderten. Das feudale China, das zwar Uhren importierte, aber nicht selbst produzierte und die eingeführten Instrumente mehr als Spielzeuge nutzte als für praktische Zwecke, ist dafür ein beredtes Beispiel. Sehr überzeugend ist auch die Beschreibung der Rückwirkung der Verwendung der Uhr auf das Leben und das Denken der Menschen. Setzte die Einführung der Uhr ein gewisses Zeitbewußtsein und mechanisches Verständnis voraus, so beförderte ihre Anwendung nicht minder das mechanistische Denken. Diese Entwicklung erreichte im 17. Jahrhundert ihren Höhepunkt. Für Kepler beispielsweise glich das Universum einer Uhr, Boyle sah in der Schöpfung ein »Juwel der Uhrmacherkunst«, für Descartes funktionierte der Mensch nach den Gesetzen der Mechanik, ähnlich einer Uhr und Gott selbst erschien den Gelehrten als »ein besonders geschickter Uhrmacher« (S. 65).

Reich ist das Buch an originellen Darstellungen, sowohl im Text als auch bildlich. So findet der Leser zum Beispiel die Beschreibung einer französischen Uhr, bei welcher auf dem Zifferblatt anstelle der Zahlen verschie-

dene Gewürze angebracht waren. Nachts, wenn es die Dunkelheit nicht erlaubte, die Zeit abzulesen, konnte man mit dem Finger den Stand des Zeigers ertasten und durch Ablecken sodann die Uhrzeit erfahren. Später behalf man sich hier mit der Installation eines Schlagwerks und ersetzte so den unsicheren Geschmackssinn durch den leichter quantifizierbaren Hörsinn, der das Zählen der Stunden erlaubte.

Spaßig ist es auch, zu lesen, wer alles versuchte, Uhren herzustellen: Anfangs vor allem Kanonengießer, Schmiede, Schlosser. Später dann spezialisierte Handwerker, die im Auftrage von Fürsten und Städten arbeiteten. Im 18. Jahrhundert breitete sich die Produktion enorm aus. Selbst Voltaire versuchte sich 1770 in Ferney als Unternehmer in der Uhrenherstellung. Unübertroffen blieb jedoch Genf, das sich bereits frühzeitig zum Zentrum der Uhrenproduktion entwickelte. Wichtige Produktionsstätten waren ferner London, Lyon, Paris und in Deutschland Augsburg und Nürnberg. Die Logik des Buches, wonach die technische Entwicklung der Uhr im Rahmen des komplexen Beziehungsgefüges gesellschaftlicher, wirtschaftlicher, politischer und kultureller Veränderungen untersucht wird, erlaubt es dem Autor auch auf Fragen einzugehen, die scheinbar nur sehr wenig mit der Technikgeschichte zu tun haben. Dies betrifft zum Beispiel den Zusammenhang zwischen dem Rationalitätsprinzip, das der Uhr und ihrer Verwendung innewohnt, und dem kalvinistischen Glaubensbekenntnis. Aussagen über die soziale und geographische Herkunft der Uhrmacher und über die Auswirkungen der Zurücknahme des Toleranzediktes von Nantes 1685 auf die Berufsgruppe der Uhrmacher in Frankreich sind in diesem Zusammenhang von Interesse.

Ein Viertel des Buches widmet der Autor der Behandlung des Ost-West-Verhältnisses, insbesondere der Leidenschaft der Söhne des Himmels für die »Glocken, die von selbst schlagen« (S. 97). Uhren waren so ziemlich das einzige Erzeugnis europäischer Produktion, das sich in China und in anderen Ländern des Ostens absetzen ließ. 1735 schrieb ein Jesuit über den Kaiserpalast in China: »Der kaiserliche Palast ist mit Wanduhren, Taschenuhren, Glockenspielen, Repetieruh-

ren, Spieluhren, Weltkugeln und astronomischen Uhren jeder nur denkbaren Art vollgestopft – es gibt mehr als tausend Exemplare von den besten Uhrmachern aus London oder Paris...« (S. 98). Aber die Chinesen machten keinen eigentlichen Gebrauch davon. Sie betrachteten die Uhren lediglich als »wunderliche Vergnügungen« (S. 101). Das soziokulturelle Umfeld ließ keine andere Verwendung zu und ein ökonomischer Zwang, die Zeit genau zu messen und mathematisch einzuteilen, bestand nicht. Sehr schön zeigt sich diese soziokulturelle Differenz gegenüber Europa auch in der traditionellen Stundeneinteilung Japans. Die Japaner unterteilten die Zeit nicht in zweimal zwölf Stunden gleicher Länge wie in Europa üblich, sondern orientierten sich bei der Einteilung an der Natur. Das heißt, zwischen Sonnenauf- und Sonnenuntergang wurden jeweils sechs Stunden gemessen, deren Länge jedoch im Laufe des Jahres entsprechend dem Sonnenstand variierte. Folglich waren die Stunden des Tages im Sommer lang und die der Nacht kurz; im Winter dagegen umgekehrt.

Eine mechanische Uhr kann einem solchen System der Zeitmessung natürlich nicht gerecht werden. Die Folge war, daß dieses der Uhr angepaßt wurde. Damit entsprach man den Regeln der Mechanik und den Funktionsprinzipien der modernen Ökonomie, nicht aber denen der Natur.

Vielleicht gibt es eines Tages Uhren, die diesen Mangel wieder beheben und zu einer natürlichen Zeitauffassung zurückführen.

ULRICH BUSCH

Tanja Jaksch, Hans Rudolf Bork,
Claus Dalchow, Dieter Dräger
(Hrsg.): Landnutzung in Mittel- und Osteuropa – Natürliche Bedingungen, Land- und forstwirtschaftliche Nutzungspotentiale, Transformationsprozeß im ländlichen Raum, Budapest 1996, 309 S.

Eine der schwerwiegendsten staatssozialistischen Fehlentwicklungen in den osteuropäischen Ländern nahm zweifellos bereits in den

zwanziger und dreißiger Jahren in Sowjetrußland mit der Entscheidung für eine beschleunigte Industrialisierung auf Kosten der Landwirtschaft ihren Ausgangspunkt. Sie führte in der Folgezeit unter Instrumentalisierung der landwirtschaftlichen Kollektivwirtschaften zur staatlichen Umverteilung der Überschüsse aus der Landwirtschaft zur Industrie. Dies hatte letztlich die Vernachlässigung der Eigenarten landwirtschaftlicher Produktion bzw. den Versuch, die Landwirtschaft im großen Stile zu industrialisieren zur Folge. Dieses Entwicklungsmodell, das eine durch die Staatsbürokratie forcierte »nachholende Entwicklung« zum Ziel hatte, wurde später auch in den sozialistischen Ländern Europas und in Teilen der »Dritten Welt« anvisiert und sollte schließlich wesentlich zur Implosion des Staatssozialismus und zur weltweiten Diskreditierung der »realsozialistischen« Ideen beitragen.

Es ist zu begrüßen, daß sich die Autoren des vorliegenden, über 300 Seiten umfassenden und durch mehrere Karten ergänzten Bandes – dessen Drucklegung in Ungarn erfolgte und durch die Ministerien für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Landes Brandenburg und der Bundesrepublik gefördert wurde – speziell diesem neuralgischen Wirtschaftsbereich der Länder Mittel- und Osteuropas zuwenden. Bereits im Geleitwort setzen sich die Autoren mit der These von der Industrialisierung der Landwirtschaft auseinander. Schon die Ausgangsidee, daß die Produktionsfaktoren der Landwirtschaft »genauso betrachtet und behandelt werden können, wie die der Industrie« (S. 3), wird ad absurdum geführt. »Sehr gefällig, sehr ansprechend scheint der Gedanke, daß Drechseln und Pflügen im Prinzip dieselben Arbeiten seien. Die lebendigen Organismen – Boden, Pflanze, Tier – können aber nicht so betrachtet werden, wie ein Stück Eisen. Der Landwirt muß nämlich seine Bestrebungen mit der Vektorenrichtung der Natur parallel laufen lassen, die günstigen Prozesse unterstützen, die schadhafte möglichst hemmen. Eine Fabrik kann überall nach derselben Technologie arbeiten, der Umgebung ungeachtet. Das trifft auf die Landwirtschaft keinesfalls zu – die Technologie muß sich den Umständen anpassen« (S. 3).

Doch geht es in dem Buch nicht vorrangig

um eine Auseinandersetzung mit der Agrarpolitik des Staatssozialismus, die Autoren versuchen vielmehr, ein Bild von der gegenwärtigen Situation im Agrarbereich beim Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft, von den damit verbundenen Umbrüchen und Schwierigkeiten in den Reformländern zu vermitteln.

Um es vorweg zu sagen, dieses Buch liefert eine Unmenge von Faktenmaterial zur Landwirtschaft in den Reformländern, das in seiner Vielfalt, Detailliertheit und auch regionaler Heterogenität seinesgleichen sucht.

Gegliedert ist das Buch in sechs Kapitel, wovon vier Überblicks- bzw. Querschnittscharakter haben. Kapitel 4, das der Bodennutzung und Agrarpolitik in den einzelnen Staaten Mittel- und Osteuropas gewidmet ist, stellt zweifellos mit 225 Seiten den Schwerpunkt der Publikation dar. Detailliert werden in diesem Kapitel dem Leser Informationen über die Landnutzung und deren Veränderungen infolge des gesellschaftlichen Transformationsprozesses aus interdisziplinärem Blickwinkel vermittelt. Untersucht werden die Probleme der Landwirtschaft in Estland, Lettland, Litauen, Weißrußland, Polen, Tschechien, der Slowakei, Ungarns Rumäniens, Bulgariens Rußlands und der Ukraine. Diese Länderbeiträge umfassen sowohl die jeweils bestehenden Rahmenbedingungen (gesellschaftliche Transformation, Indikatoren der Wirtschaft) als auch Angaben über Klima und Böden, Landeigentum, landwirtschaftliche Bodennutzung, Bodenfruchtbarkeit, Produktionsstrukturen bis hin zur Agrarpolitik etc. Gemeinsamkeiten aber auch Unterschiede des agraren Transformationsprozesses werden verdeutlicht.

Welche Bedeutung den landwirtschaftlichen Umgestaltungsprozessen in den Ländern Mittel- und Osteuropas zukommt, zeigt sich allein darin, daß diese Staaten über eine Fläche verfügen, die mehr als das Sechsfache des Gebietes der EU umfaßt, und die landwirtschaftliche Nutzfläche pro Kopf der Bevölkerung dieser Staaten doppelt so hoch ist, wie die der EU (vgl. S. 10 und 12). Dieses riesige Produktions- und Exportpotential der Landwirtschaft kann allerdings – wie die Autoren nachweisen – gegenwärtig nicht annähernd genutzt werden.

In den Querschnittskapiteln werden nach

Darstellung des Naturraumes Mittel- und Osteuropa und dessen geopolitischer Bedeutung im ersten, die großräumige klimatische Situation, die agrarklimatischen Verhältnisse sowie die agraren Nutzungspotentiale und die Bodenverhältnisse im zweiten und schließlich die sozio-ökonomischen Strukturen und Prozesse im dritten Kapitel präsentiert. Interessant sind in diesem Zusammenhang vor allem die Darlegungen zu den nutzungsbedingten Bodenschädigungen in den verschiedenen Naturräumen des Untersuchungsgebietes, deren Ausmaß dem Leser oftmals den Atem stocken läßt. Daraus wird die Forderung nach einer ökologisch orientierten, d.h. an den jeweiligen Standorten angepaßten Produktionsstruktur mit geschlossenen Biomasse- und Naturstoffkreisläufen sowie standortgerechten Produktionstechnologien und -techniken abgeleitet (vgl. S. 39). Das setzt allerdings nach Ansicht der Autoren voraus, daß die Betriebe in die Lage versetzt werden, nachhaltige, angepaßte Bewirtschaftungssysteme einzuführen und dauerhaft zu praktizieren. Ob dieser Forderung allerdings in den im Umbruch befindlichen und unter den Zwängen des Binnen- wie des Weltmarktes agierenden Landwirtschaftsbetrieben entsprochen werden kann, bleibt höchst fragwürdig.

Als besonders instruktiv erweist sich für den Gesellschaftswissenschaftler die Analyse der sozio-ökonomischen Situation im ländlichen Raum (vgl. S. 41ff. und Länderanalysen). Hier werden sowohl die dramatischen Veränderungen der demographischen Strukturen im ländlichen Raum der einzelnen Staaten reflektiert und zugleich auch die sozialen Folgen des Übergangs von der Plan- zur Marktwirtschaft dokumentiert. Die Umstrukturierung und Privatisierung in der Landwirtschaft hat Freisetzungseffekte bei den Arbeitskräften in gewaltiger Dimension nach sich gezogen. Den Autoren kann zugestimmt werden, wenn sie feststellen, daß die Arbeitslosigkeit inzwischen als »komplexer sozialer Dekulturationsprozeß« (S. 43) mit differenzierten quantitativen und qualitativen Wirkungen in den einzelnen Ländern fungiert. Sie schätzen ein, daß die Arbeitslosigkeit in den meisten untersuchten Ländern ihren Höhepunkt bisher noch nicht erreicht hat. Gravierende Arbeitslosigkeit und Einkommensverluste – nicht zuletzt

infolge der inflationären Preisentwicklung – haben nicht nur die volkswirtschaftlichen Disproportionen (u.a. krasser Rückgang der Inlandnachfrage) verschärft, sondern in vielen Ländern selbst eine Tendenz der Rückkehr zur Naturalwirtschaft hervorgebracht (vgl. S. 45). Unter der Landbevölkerung verloren und verlieren gewohnte gruppenspezifische Wertnormen, Wertmaßstäbe und Handlungsmotivationen an Bedeutung. Neue Armutgruppen bilden sich heraus, die Polarisierung innerhalb der Gesellschaft nimmt zu. Die Autoren kommen zu dem Schluß, daß (vermutlich) in den nächsten Jahren mit einer Zunahme der sozialen Probleme in den ländlichen Räumen zu rechnen ist, die weitere Durchsetzung marktwirtschaftlicher Prinzipien zur fortgesetzten Freisetzung von Arbeitskräften, verbunden mit eine beachtlichen Zunahme der Dauerarbeitslosen führen wird, während andererseits die Grenzen der ökonomischen Leistungsfähigkeit der mittel- und osteuropäischen Staaten eine stärkere soziale Abfederung dieser Prozesse nicht zulassen (vgl. S. 46). Der Landbevölkerung werden damit ein weiteres Mal die Kosten der gesellschaftlichen Umbrüche aufgebürdet.

Zu Beginn der Umgestaltungen in den ehemals staatssozialistischen Ländern wurde oft die Frage diskutiert, ob graduelle Reformen oder eine ›Schocktherapie‹ beim Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft vorzuziehen wären und welche Art von Kapitalismus entstehen solle. Während die Frage nach der Art von Marktwirtschaft umstandslos und illusionär mit dem Attribut ›sozial‹ zu klären versucht wurde, dominierte hinsichtlich des einzuschlagenden Tempos die folgende Auffassung. »Um im Zuge eines Ordnungswechsels die Reformen zügig wirksam werden zu lassen und neue Verzerrungen aufgrund wirtschaftspolitischer Unterlassungen, Fehleinschätzungen oder gesellschaftlicher Widerstände durch ›Koalitionen der Verlierer‹ zu vermeiden, spricht vieles für eine Schocktherapie. Diese beinhaltet nicht zwangsläufig die schlagartige Einführung einer ausgereiften Marktwirtschaft, wohl aber die rasche Realisierung aller Kernelemente im Rahmen einer in sich schlüssigen Gesamtkonzeption. So muß so schnell wie möglich die Funktionsfähigkeit von Preisen und Märkten gewährlei-

stet werden. Das setzt insbesondere die Sicherung der Grundrechte, die Schaffung eines Ordnungsrahmens, einschließlich der Sicherstellung eines funktionsfähigen Wettbewerbs und eines leistungsfähigen – zweistufigen – Bankensystems, eine konsequente Inflationsbekämpfung sowie ein zumindest grobmaschiges soziales Netz für die in der Übergangsperiode am meisten benachteiligten Gruppen voraus.«¹

Die Realität zeigt, daß sich die neuen herrschenden Eliten zwar in der Regel für eine ›Schocktherapie‹ entschieden, allerdings ohne ein soziales Netz bieten oder die Stabilität der Währungen gewährleisten zu können. Richtig stellt Hopfmann hierzu fest: »Aber es liegt nicht allein an der Unangemessenheit der Reformstrategien, ... an denen die Hoffnungen auf ›nachholende Entwicklung‹, ›anhaltendes Wachstum‹ und ›Sozialstaatlichkeit‹ zu scheitern drohen. Das Dilemma nachholender Entwicklung besteht ... insbesondere darin, daß sie nicht voraussetzungslos beginnt. Und diese Voraussetzungen stellen sich im wesentlichen als harte Zwänge und Restriktionen für die (Re)Integration in einen bereits voll ausgebildeten Weltmarkt für Kapital, Waren und vor allem Geld dar. Die für die Transformationsländer Mittel- und Osteuropas wichtigsten Restriktionen bestehen (nicht nur) in den bereits zu staatssozialistischen Zeiten aufgehäuften (Alt)Schulden, die natürlich bedient werden müssen, ... und in den realsozialistischen – oft überdimensionierten und hyperzentralisierten – Industriestrukturen, die im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung kaum wettbewerbsfähig sowie dringend modernisierungsbedürftig sind ... (sondern auch darin), daß die Voraussetzungen für ... ›Erfolg‹ mit Mitteln erbracht werden müssen, die dem Ziel (der sozialen Marktwirtschaft nach Muster der OECD-Länder – H.G.) dreifach entgegenarbeiten; einmal weil sie die Vergrößerung des Vorsprunges der bereits hochentwickelten Länder begünstigen, zweitens weil sie problematische Spezialisierungseffekte (›Zwang zur Extraktion‹) hervorbringen und drittens weil sie auch an den ökologischen Grenzen, die der Globalisierung dieses auf Industrialisierung beruhenden Wirtschaftsmodells gesetzt sind, tendenziell scheitern.«²

»Das Entfesseln der ›unsichtbaren Hände‹ des

Marktes entfesselt auch ihre ökologisch bedrohlichen und sozial zersetzenden Wirkungen und produziert Perspektivlosigkeit, statt Neuordnung droht Entordnung von Gesellschaft und damit Vernichtung ihrer Zukunftsfähigkeit.«³

Die Strukturentwicklung in den ländlichen Gebieten macht diese Prozesse auf vielschichtige Art und Weise deutlich. Es zählt zu den Vorzügen der vorgestellten Publikation, die sich in den agraren Räumen vollziehenden Umbruchprozesse detailliert dokumentiert zu haben.

Die im Mittelpunkt des Bandes stehende komplexe und zugleich detaillierte Information über die Landnutzung und deren Veränderungen infolge des Transformationsprozesses kann die Basis weiterführender Untersuchungen bilden. Die Einordnung der Landwirtschaft in die volkswirtschaftlichen Gesamtprozesse – z.B. in Form eines weiteren Querschnittskapitels – wäre wünschenswert gewesen. Deutlicher hätte man sich auch Darlegungen zu den Auswirkungen der Umgestaltungsprozesse in der Landwirtschaft der Länder Mittel- und Osteuropas für den EU-Raum gewünscht. Offensichtlich ist, daß sich viele der einflußreichen EU-Politiker der Tragweite dieses Umbruchprozesses für ihre Länder noch keineswegs voll bewußt sind. Allein die Folgen der sozialen Degradation großer Bevölkerungsgruppen, der Anhäufung ethnischen und sozialen Zündstoffes u.a. werden in ihren Dimensionen noch keineswegs begriffen. Obgleich die Autoren in den Länderanalysen jenen Staaten besondere Aufmerksamkeit widmen, die auf der Liste der zu assoziierenden Staaten stehen, hätte man sich Szenarien gewünscht über die Auswirkungen einer Assoziation bzw. eines Beitritts dieses oder jenen Staates zur EU auf die Beitrittsländer, auf die Staaten der EU, aber auch auf die verbleibenden Drittstaaten.

Insgesamt vermittelt die Publikation einen fundierten Überblick über die natürlichen Nutzungspotentiale der Land- und Forstwirtschaft und gibt einen detaillierten Einblick in die sich in den einzelnen Ländern vollziehenden Transformationsprozesse im ländlichen Raum. Daß es den 14 Autoren gelang, eine inhaltlich so geschlossene Konzeption durchzusetzen, verdient besonders hervorgehoben zu werden. Der Band kann allen über die Länder Mittel- und Osteuropas Arbeitenden und an diesen Ländern Interessierten zur Lektüre empfohlen werden.

(Vertrieb in Deutschland: ZALF Müncheberg, 15374 Müncheberg, Eberswalder Str. 84)

HORST GRIENIG

- 1 Fasbender, Karl: Überlegungen zur Übertragbarkeit der sozialen Marktwirtschaft, in: K. Fasbender, M. Holthus, E. Thiel (Hrsg.): Elemente der sozialen Marktwirtschaft, Wirtschaftliche und rechtliche Rahmenbedingungen – Transformationsmöglichkeiten, Veröffentlichungen des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung Hamburg, Hamburg 1991, S. 315.
- 2 Arndt Hopfmann: Transformation zu einem »nachhaltigen Kapitalismus«? In: Horst Grienic, Siegfried Münch u. a.: Transformation und Entwicklung, Analysen über dauerhafte ökologische und sozial verträgliche Entwicklung in Asien, Afrika und Osteuropa, in: Europäische Integration. Grundfragen der Theorie und Politik, hrsg. von K. H. Domdey, Berlin 1997, S. 25ff.
- 3 Ebenda, S. 27.

Jenny Richter/Heike Förster/

Ulrich Lakemann:

Stalinstadt – Eisenhüttenstadt. Von der Utopie zur Gegenwart. Wandel industrieller, regionaler und sozialer Strukturen in Eisenhüttenstadt, Schüren Marburg 1997, 275 S.

Über Stalinstadt bzw. Eisenhüttenstadt ist schon relativ viel von Historikern geschrieben worden. Zuviel, mögen manche sagen, die die Konzentration auf das »Vorzeigewerk« und die historiographische Benachteiligung von Großbetrieben anderer Branchen und Regionen bedauern, die die Millionen erst erwirtschafteten, die im Eisenhüttenkombinat Ost (EKO) verbaut wurden.

Was das neue Buch von anderen Publikationen unterscheidet, ist die Darstellung der ganzen Geschichte von Werk und Stadt – von der Vorbereitung der Gründung in den Jahren 1949/1950 bis zum sozialen und wirtschaftlichen Transformationsstand Mitte der neunziger Jahre. Ins Blickfeld rücken damit die gesamte Periode des ostdeutschen Sozialismus, dessen industrielles Schmuckstück Stalinstadt etliche Jahre war; und sieben Jahre Entwicklung zur kapitalistischen Marktwirtschaft.

Dank der Langzeitanalyse gelingt der Blick auf einige Momente in der Geschichte der Stadt und des Werkes, die sich nicht auf die Perioden des »Sozialismus« oder »Kapitalismus« beschränken lassen:

Erstens: Der 1949/50 für das EKO geplante Weg von Aufbau, Ausdehnung des Werkes bis zur Sättigung des Bedarfs an Stahl- und Walzwerkprodukten durch die Errichtung des

vollen metallurgischen Zyklus kam nicht zustande. Nach der Errichtung des Roheisenwerkes (1950-53) verhinderte der »Neue Kurs« den weiteren Ausbau zum Stahl- und Walzwerk. Das Stahlwerk wurde 1984 errichtet, das Kaltwalzwerk bereits 1969, das Warmwalzwerk erst 1997 fertiggestellt. Die Gestaltung des »vollen metallurgischen Zyklus« ist für Eisenhüttenstadt also durchaus eine systemübergreifende Geschichte.

Zweitens: Stalinstadt/Eisenhüttenstadt ist als Standort industrieller Monostruktur errichtet worden – und in seiner fast fünfzigjährigen Geschichte ein solcher geblieben. Das ist ihm nicht besonders gut bekommen. Als die SED-Führung 1953 den »Neuen Kurs« ausrief und Investitionsmittel von der Schwer- in die Leichtindustrie gelenkt wurden, gab es in der Stadt (kaum) Betriebe der Leichtindustrie, die in der Lage gewesen wären, aus dem Schwerindustrietopf abfließende Mittel aufzufangen. Als dem EKO im Jahre 1967 von den zentralen wirtschaftsleitenden Organen der DDR das Warmwalzwerk verweigert wurde, weil die Metallurgie keine der »Fortschrittsindustrien« war, auf die die SED-Führung Ende der sechziger Jahre mit Blick auf »Überholen ohne Einzuholen« orientierte, gab es in Eisenhüttenstadt nicht einmal eine Außenstelle des Ende der fünfziger Jahre in Frankfurt/Oder eingerichteten Halbleiterwerks. Die für die achtziger Jahre geplante umfangreiche Investition in Eisenhüttenstadt wäre vielleicht zustande gekommen, wenn es sich bei der Ergänzung des vorhandenen Standortes nicht um das Warmwalzwerk, sondern um einen Betrieb der Mikroelektronik gehandelt hätte, die unter dem Einfluß von Günter Mittag »bis zuletzt« mit Investitionsmitteln überdurchschnittlich versorgt wurde.

Nach der Wende wurde die monostrukturelle Entwicklung dadurch weiter vorangetrieben, daß der Löwenanteil an Investitionen für die Industriestadt erneut in die Metallurgie ging – für die Errichtung des zur Vollendung des metallurgischen Zyklus noch fehlenden Warmwalzwerkes. Dies macht den Standort Eisenhüttenstadt innerhalb der Branche konkurrenzfähiger, bindet ihn aber auch an einen in Europa an Überproduktion leidenden kränkelnden Zweig.

Drittens: Zum systemübergreifenden Schicksal von Stalinstadt/Eisenhüttenstadt gehört auch seine Abhängigkeit von zentralen Entschei-

dungen. Entscheidungen aus Berlin machten in Stalinstadt/Eisenhüttenstadt nicht nur Schicksal während des ersten Fünfjahrplanes (1951-1955), als das EKO das größte Investitionsobjekt der DDR war. Auch in den folgenden Jahren hing das Wohl und Wehe der Stadt weit mehr von Politbüroentscheidungen ab, als das andere Städte gleicher Größe mit diversifizierter Industriestruktur zu hoffen oder zu fürchten hatten. Nach 1989 hätte die Bindung der Stadt an einem Großbetrieb das wirtschaftliche Aus und den sozialen Ruin bedeuten können. Dem energischen Protest der Eisenhüttenstädter war es zu danken, daß der »Privatisierungskrimi« nicht mit einem Fiasko endete und der Kanzler das Überleben des Werkes zur »Chefsache« machte. Auch das zukünftige Schicksal Eisenhüttenstadts dürfte weniger von der Konkurrenzfähigkeit seines Werkes als von Entscheidungen über die Stahlsubventionen in Brüssel und Bonn bzw. später dann (wieder einmal) Berlin abhängen.

Die Hälfte des stärker sozialgeschichtlich als wirtschaftshistorisch ausgerichteten Bandes ist dem Zeitraum nach 1989 gewidmet. Mit Akribie wird nachvollzogen, wie sich trotz mancher Gegenwehr unerbittlich die Wiederherstellung von marktwirtschaftlich-kapitalistischen Strukturen vollzieht – in einer Stadt, in der es diese überwiegend (außerhalb der Stadtteile Fürstenberg und Schönfließ) nie gegeben hatte. Es ist ein spannender, manchmal auch absurder Prozeß, wenn z. B. Straßen »traditionelle« Namen erhalten, obwohl es sie – die Straßen – in vorsozialistischen Zeiten nicht gegeben hat. Wie gelingt es den Eisenhüttenstädtern, mit den Veränderungen, die in der Regel keine Wiederbelebungen sind, fertig zu werden, ihre Identität zu bewahren? Die Autoren, die generell viel mit Interviews arbeiten, haben, sich auf Befragungen stützend, fünf Haltungen herausgefunden: Distanz, Ambivalenz, Neutralität, Engagiertheit (für die ursprüngliche Identität) und Identifikation.

Das Buch ist mit größter Sorgfalt, Nüchternheit und methodisch sauber angefertigt worden. Es bietet neue Sichten, bestätigt aber auch vieles, was die Geschichtsschreibung im Osten Deutschlands für die Region über das erste Jahrzehnt ihrer Geschichte bereits erschlossen hatte.

JÖRG ROESLER